

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohnnungspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung
50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage "Neue Welt" inkl. Bringerlohn
75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Post-
leistungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M.,
für 1 Monat 60 Pf., egl. Bestellgeld.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftsjahr 8-12 und 2-7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.
Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6-7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Der deutsche Reichstag

ist geschlossen worden. Der zweite Teil der Wahlcampagne beginnt.

Seinen reaktionären Grundzug hat der alte Reichstag auch in seiner letzten Sitzung nicht verleugnet. Er ist ansehnlicher gegangen, ohne in seiner Weisheit sich gegen den Brotwucher zu erklären, ohne auch nur die zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle zu fordern.

Auch was der Reichstag in den fünf Jahren seines Bestehens an großen Arbeiten geleistet hat, ist vorwiegend reaktionär.

Er bewilligte die enorme Militärvermehrung von 1893, die der frühere Reichstag verwirkt hatte, der deshalb der Auflösung verfiel.

Neben dem Militarismus zu Lande steigerte er durch Annahme der Flottenvorlage den Militarismus zu Wasser und damit die schon ohnehin ungeheuerliche Volksbelastung.

Die vom deutschen Volke so dringend geforderte Reform der Militärstrafprozeßordnung machte der Reichstag zu einer Scheinreform. Die Dessenlichkeit des Gerichtsverfahrens ist zur Farsce geworden, die Militärstraf Richter sind weder ständig noch unabhängig.

Beim bürgerlichen Gesetzbuch ließ sich der Reichstag — mit Absicht — überreden. Das Verbindungsverbot für politische Vereine wurde durch das bürgerliche Gesetzbuch nicht beseitigt, wichtige soziale Schutzbestimmungen, die unsere Partei forderte, wurden nicht berücksichtigt.

Dafür sprach er mit dem neuen Wörfengesetz das Verbot des Terminhandels aus, das jetzt seine schädliche Wirkung in den Teuerungspreisen des Brotes fühlbar macht.

Selben arbeiterfeindlichen Tendenzen gab der alte Reichstag im Genossenschaftsgesetz durch die Beschränkung und kleinliche Verstärkung der Konsumvereine Ausdruck, den Hauzieren und Detailreisenden wurde die Existenz erschwert.

Vor den Kunstdräubern aber ist der Reichstag bei der Innungsgesetzgebung zurückgewichen.

Es ist wenig Rühmliches, was dem soeben verabschiedeten Reichstag nachgerufen werden kann.

Wähler! In wenig Wochen habt Ihr die Wahl des neuen Reichstages zu vollziehen. Seine Zusammensetzung wird entscheiden darüber, ob in Deutschland noch mehr als bisher das Volk bedrückt und ausgebettet werden soll, ob dem arbeitenden

Volke die geringen politischen Rechte geräubt und seine wirtschaftliche Sklaverei verschärft werden soll.

Wähler! Macht die Pläne der Reaction zu schanden!

Die einzige, die politische und wirtschaftliche Freiheit wirklich fördernde Partei ist die Sozialdemokratie!

Darum wählt am 16. Juni:

Sozialdemokraten!

Das Kauk-Brötchen.

* Leipzig, 6. Mai.

Am letzten Tage der Schlussession der IX. Legislaturperiode, am 5. Mai 1898, hat der Reichstag die wichtige Frage der Brotversorgung erörtert. Er war dazu durch die Interpellation über die Aufhebung der Getreidezölle gezwungen worden, die die sozialdemokratische Fraktion zur rechten Stunde eingebracht hatte.

Wir haben Teuerungspreise auch im deutschen Reiche wie seit Jahren nicht, die internationale Lebensmittelversorgung erscheint auf das schwerste bedroht. Jene etwa 25000 Großgrundbesitzer, die allein wesentlich von den Auflagen auf das tägliche Brot Nutzen ziehen, erhalten zu ihrem bisherigen Vorteile der ständigen Liebesgabe das Privileg, mit dem Notstande der Volksmasse Brot zu treiben. Hungerpreise werden schon heute verzeichnet, und die nötige Busfahrt vom Auslande hemmt, bei dem Preisstande dieser Zuge mit verdoppelter Härte der Getreidezölle.

Unser Genosse Schippe hat knapp, sachlich, durchgreifend den Thatbestand dargelegt und den Nachweis geführt, daß die Suspension der Getreidezölle ein Lebensbedürfnis für die Arbeiter, die kleinen Leute, den „Mittelstand“ und die Industrie ist. Wir verweisen anstrenglich auf den ausführlichen Parlamentsbericht in der heutigen Ausgabe.

Natürlich sprach sich die Mehrheit des Reichstags, die Fraktionen des mobilen Kapitals und der großkapitalistischen Landwirtschaft, das Centrum, die Nationalliberalen, die Konservativen aller Schattierungen, mit schwungvollem Eifer gegen die auch von den Linksliberalen befürworteten Vorschläge der Sozialdemokratie aus. Die Reichsregierung aber gab den Ton an, indem sie durch den Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Herrn v. Thielmann, eine Suspension der Getreidezölle rundweg ablehnte.

Würgen sich die Dinge auch verschlimmern, möge die Teuerung noch wachsen, was verschlagen die zunehmenden Leiden der Millionen kleinen Verbraucher, was der Druck, der der färglichen Lebenshaltung des werkthätigen Volkes

droht? Wenn nur die Agrarier, die Granden der Provinz Sachsen und der Uckermark bei diesem Beutezug den Übervanteil heimtragen und die Notlage der Steuerzahler zum Nutzen der Grundrente ausspielen!

Vielleicht währt die Teuerung so lange, bis in den ostelbischen Bezirken, wo der Lebensmaßstab der Arbeiterschaft am tiefsten steht, der altgewohnte, ungebettete Gast, der eigentlich nie völlig verschwindet, der Hungertypus als Seuche die Bevölkerung dezimiert. Diese tödliche Krankheit aber verschont, wenn sie ein Gebiet überzogen hat, nicht Reich nicht Arm, ein furchtbare Gleichmacher.

Während sich eine Handvoll Spekulanten und Großgrundbesitzer an den hohen und immer höheren Preisen der Brotfrische bereichert, vereilen Hundertausende, die heute empfindlichste Auflage des Getreidezolls auf das empfindlichste trifft. Nicht mehr fünfunddreißig Mark zahlt heuer eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen für ihr Brot und Mehl. Die Last wird sich verdoppeln, verdreifachen, vervielfachen, ohne daß etwa die Lohnsätze auch nur annähernd mit dem Aufstieg der Unterhaltskosten Schritt halten.

Die Sitzung vom 5. Mai 1898 ist für die Reichstagswahlen von besonderer Bedeutung. Sinnestäßig offenbart sich die Kapitulation der Regierung vor den „Notleidenden“. Das war ein kümmerlicher Rückzug der erleuchteten Staatsmänner des Evangeliumskurses vor den Monnen des Bundes der Landwirte, das unverhüllte Eingeständnis der Ergebung in den Willen der Agrarier. Und welche Demütigung, welche Preisgabe aller Überlieferungen bei dem Großbürgertum, das sich aus Furcht vor dem Proletariat mit den Feudalen verbündet!

Die „Revision“ der Handelsverträge in der Richtung auf den Hochzoll, auf agrarisch-feudalindustrielle Sperrtarife erscheint als das Ziel der mit den Stumm, Hahn und Kardorff Hand in Hand gehenden Regierung. Eine von derselben Regierung mühsam erkämpfte, von Wilhelm II. als „weltgeschichtliche That“ begrüßte erwähnte Einrichtung zerbröckelt schon. Engen Sonderinteressen sollen die Tarifverträge ohne Scheu geopfert werden, die eine Daseinsnotwendigkeit des Industriestaates Deutschland sind, unentbehrlich nicht bloß für die Arbeiterschaft, sondern für die gesamte Volkswohlfahrt, die elementare Voraussetzung einer normalen Entwicklung des deutschen Wirtschafts- und Staatsorganismus.

Hochzölle sind das mindeste, was die Sammlungspolitiker, die Gefolgsleute des Herrn von Miquel, fordern, Getreidezölle von mindestens 7.50 bis 8 M., Heraufzrauben der Auflagen auf andere wichtige Gegenstände des Massen-

Seuilleton.

Abdruck verboten.

Rheinlandstöchter.

Roman von C. Viebig.

XII.

Vor langen fallen die Schneeflocken. Wie sie wirbeln, wie sie sinken! Weiß und duftig kommen sie herab, ahnungslos ihres Geschicks — nun liegen sie unten im Rot. Sie sind vergangen.

Auf dem Stuhl am Fenster, im Zimmer zu ebener Erde, sitzt Nelda Dallmer, drückt das Gesicht an die Scheiben und starrt auf die schmutzige Chaussee. Nebel draußen, trostloses Novemberlicht; an den schwarzen Ästen der Bäume klammern sich die Flocken fest, die Büsche im Vorgarten hängen tief nieder. Kein Fußtritt, kein Wagengerassel.

Unter dem glühenden Hauch aus Neldas Mund ließen die Scheiben an, sie konnte nicht mehr hinaussehen; oder war es der Flor, der ihr vor den Augen hing? Schwer rutschte sie vom Stuhl, stand einen Augenblick mit trümmern Rücken und hängenden Armen, dann sank sie auf dem Sitz in sich zusammen. Die Röhre lag am Boden, die Garnrolle unter dem Sofa, die Schere in die Tiefe gespießt. Sie war allein. Der Vater auf der Regierung, die Mutter mit der Magd zur Stadt gegangen; man mache da gleich Einkäufe für die ganze Woche.

Scheu sah sie sich um — niemand! Mit zitternden Fingern fuhr sie in die Tasche — ein Papier knisterte, nun hielt sie's in den Händen, ein kleines, dünnnes Briefblatt! Bewußtsein lag ein Schleier — aber dann?! Dann kam

Sie weinte. Unaufhaltsam rannen ihre Thränen auf die halbverlöschten Schriftzüge; es that nichts, sie kannte sie auswendig.

Wie oft schon gelesen! Ach Gott, seitdem sie im Sommer den Brief empfangen, schon viele, viele Hundert Mal; des Abends beim Schafengehen, des Morgens beim Aufstehen, am Tag, wenn sie allein war! Ihre Blicke bohrten sich immer wieder in die Schriftzüge, da standen sie schwarz auf weiß — irrte sie sich denn nicht?! War's möglich, wirklich wahr — er, dem sie am Halse gehangen, den sie geliebt mit der ganzen Kraft ihrer Seele, von dem — oh, sie mußte aufschnaubend das Gesicht verbergen — sie sich wieder geliebt glaubte, er schrieb ihr das — ?

Jener Abschiedsabend in Namers Wohnung war noch nicht das schlimmste gewesen; der Schlag war zu plötzlich gekommen, sie hatte die volle Wucht nicht empfunden vor lauter Weidlung. Gleich einer Nachwälzenden war sie die ersten Tage danach ins Bienenhornhäldchen geschlichen, wo sie so oft mit ihm gewandert; dort saß sie allein auf dem Stein am Bach, stierte vor sich nieder und sagte sich mit frankhafter Bähigkeit vor: „Es kann nicht sein, es darf nicht sein — nein, es kann, es kann nicht sein! Er liebt Dich doch. Wach auf, Nelda, Du träumst! Er muß Dich lieben, Du siebst ihn ja so sehr!“

Inbrünstig blickte sie zum Himmel empor mit übergroßen, heißen Augen — Gott mußte ein Wunder thun, er mußte! Ihre erregten Herden ließen sie im Wispern des Gestrahles eine Stimme vernehmen — es war die Stimme des eigenen sehenden Wunsches — „Geduld, es lärt sich alles auf! Wer weiß, warum er so gesagt hat. Halte Du nur aus! — — — O, dazumal war sie noch verhältnismäßig glücklich gewesen; sie träumte mit wachen Augen, über ihrem Bewußtsein lag ein Schleier — aber dann?! Dann kam

sein Brief. Sie hielt ihn in den zitternden Händen, sie riß ihn auf, sie las — holt, das war der Ruf, der Nachtwandler erdrückt! — sie fühlte, daß sie stürzte, abgrundtiefe, O, jene Tage der größten Pein, des Klings mit der Verzweiflung, des Gefühls, wahnhaftig zu werden!

Alle Frauen sind geborene Schauspielerinnen, und sind sie noch nicht vollkommen, so werden sie's, wenn sie lieben; die größten aber sind sie, wenn der Geliebte sie verschlägt. Nelda hielt sich äußerlich aufrecht, sie brach nicht zusammen; mit wankenden Knieen stand sie vor den Eltern, aber sie lächelte.

„Gott sei Dank, Vorch!“ sagte Dallmer zu seiner Frau, „ich habe mich getäuscht! Ich fürchtete immer, unsere Nelda interessierte sich doch am Ende für Namur. Sie sieht ja merkwürdig angegriffen aus, aber sie ist ganz vergnügt. Was meinst Du?“

„Gi, da kam er schön an!“

Frau Natin erhob eine Klageklone über Nelda, die mit Vorwürfen gegen Mann und Tochter endete.

„Hab' ich's nicht gesagt? Aber ich habe immer unrecht, nie lohnt ihr mich ausreden! Was ist das überhaupt für ein Leben?! Eine traurige Existenz, ganz und gar kein Glück! Und die Bählein, die Schmidt und die anderen sind auch lange nicht mehr so freundlich; sie haben was gegen uns. Die Zylander ist betrunken, und Agnes ist ewig nicht hier gewesen — oh!“ Und sie rang die Hände.

Der Rat sprach nicht mehr von seiner Bejorgnis, er fragte auch die Tochter selbst nicht, eine zarte Scheu hielt ihn zurück; sie hätte doch auch nichts gesagt, die vertraulichen Dämmerstunden fanden nicht mehr statt. Doch war sie zu Seiten von einer so munteren, fast übertriebenen Behaftigkeit, daß der krause Mann sich beruhigt einen Narren schalt.

(Fortsetzung folgt.)

verbrauchs. Am Ende die Aufhebung des tarifierten Getreidezolls, keine Bindung des Börsages mehr, sondern eine gleitende Stufensteuer, all das zu Nutz und Frommen der Kaufhändler und Mitter von Ar und Halm, zu Gunsten der Großindustriellen vom Schlag eines Stumm und Krupp.

Unverhüllt hat Kaniy, der Fraktionsredner der Konservativen, den Herzogenwunsch der Agrarier kundgethan, er hat den Antrag Kaniy, der eine Weile im Silberfachraum verschwunden war, blankgeputzt wieder herangeholt. Mit Recht zeigte Richter, daß die heutigen Hungerpreise etwa den Mindestsätzen des Kaniy'schen Antrages entsprechen.

In der That, die Arbeiter, die kleinen Leute, die jetzt kleineres und teureres Brot kaufen müssen, haben hier vor sich ein plastisches Abbild des Antrages Kaniy, ein Kaniy-Brotzettel.

Brotzettel hat Wilhelm II. vor Jahr und Tag den Antrag des Grafen Kaniy genannt. Brotzettel aber längst aus den gestrigen Kundgebungen der Reichstagssmehrheit, Brotzettel aus den gewundenen Erklärungen vom Bundesratssitz. Brotzettel droht den Massen von den agrarisch gesinnten Parteien, die zur „Sammlung“ aufgeboten worden sind.

Eine sichere Lösung ist's für den Wahlkampf, ein Beweisgrund, der auch dem Rückständigsten einleuchtet, eine scharfe Waffe im Kampfe.

Statt der Erklasse vom Februar 1890 der Posadowitsch'sche Erlass vom 11. Dezember 1897, statt der Caprivischen Handelsvertragspolitik der Antrag Kaniy! So wechselt in dem Zeitalter der Plötzlichkeiten, unter dem Zeichen des „gepanzerten Faust“ und des persönlich Regiments die Richtung, fest nur im Umschlagen von einem Neuzersetzen zum anderen.

So ist für die Sozialdemokratie, so überhaupt für alle demokratisch Gesinnten die Taktik im Wahlkampfe von vornherein gegeben. Gegen den gemeinsamen Feind der bürgerlichen Freiheiten und der modernen Wirtschaftsweise, gegen die Widersacher des Koalitionstreites und der Tarifverträge gilt es sich mit Einsicht und Thatkraft zu rüsten und zu richten.

Nur wenn alle Kräfte Aller, die die Sperrzöllner und die Kaniy'schen Auspauerungspläne grundsätzlich verwerten, hier zusammengefaßt werden, kann das deutsche Volk vor der Schwach und Gefahr eines neuen Hochzoll-Kartellregiments, das von Levetzow bis Lieber und Paasche reicht, ernstlich bewahrt werden.

Eine solche reaktionäre Mehrheit bedeutete nicht bloß die ökonomische Ausnutzung bis aufs äußerste, sie brächte auch die politische und soziale Anerkennung, den Arbeitertreue, der die Gewerkschaftsbewegung zerstört, die Zwangsmaßregeln neuer Polizeigesetze, die Wahlentziehung, den Fall des heutigen Reichstagswahlrechts.

Als eine dringliche Aufgabe unserer Partei, der führenden auch in diesem entscheidenden Kampfe, erscheint es, mit aller Kraft zu verhüten, daß der Blütentraum Miquels, von einer gefügigen Mehrheit des Parlaments, gefährliche Wirklichkeit werde.

Darum ist vor allem auch unsere Wahlarbeit auf diesen Punkt zu richten, daß eine möglichst große Anzahl von Wählern errungen werde, eine so große Zahl, daß das in der Bildung begriffene neue Kartell als ausschlaggebende Gruppe, als Mehrheit nicht ins Dasein treten kann.

Es versteht sich, daß auch die Stimmenzahl — sie ist 1898 schon die höchste unter allen gewesen — in angemessenem Verhältnisse zum Jahre 1893 wachsen muß und wachsen wird. Jedoch die harte Wirklichkeit der Erfahrungen lehrt uns, über den Hunderttausenden von Stimmen nicht den hohen Wert der parlamentarischen Aktion zu vergessen.

Das was in dieser Aktion den Ausschlag giebt, das was in den Auseinandersetzungen, die uns der neue Reichstag bringen wird, entscheidet, ist das Stärkeverhältnis der Fraktionen des Reichstags. Im Parlament, durch das Parlament soll die Gesetzgebung zum Schutz der Arbeiter, zur Sicherung und Erweiterung der Volksrechte von uns beeinflußt werden.

Jedes Versehen, jede Nachlässigkeit, jeder falsche Schritt wäre hier verhängnisvoll. Nur eine hinreichend große Zahl von Abgeordneten, die Gegner der Sammlungspolitik sind, vermag Sicherheit gegen gemeinschädliche Anschläge und genügende Deckung gegen Staatsstreichgelüste zu verschaffen. Dafür muß an ihrem Teil die Sozialdemokratie Sorge tragen.

Wie die Situation nun einmal ist, wird die Einsicht der Klassenbewußten Arbeiterschaft aus den Thatsachen, aus der ganzen Lage der politischen Geschäfte die richtigen Schlüsse ziehen und sich vor Fehlgriffen hüten. Sie wird nicht durch eine Kampfesweise, die sich in dem Ziel oder in der Art des Angriffs versieht, die Reihen der Volksfeinde stärken, anstatt sie so viel wie möglich zu verkleinern und zu schwächen. Im gegebenen Augenblick hat unsere Partei stets das Richtige regelmäßig zu finden gewußt. Die Masse der Wähler hat unzutreffliche Beschlüsse von Parteitagen mit Erfolg korrigiert, und das „kleine Uebel“, die Radikal-Liberale, die in den Hauptfragen, um die es sich jetzt dreht, Stich halten, bei Stichwahlen dem unerträglichen Scheitel und Greuel der Nichts-als-Nektonäre ohne Bedenken vorgezogen. Heute liegt erst recht kein Grund vor, von dieser Taktik abzuweichen.

Hält man daran fest, so ist die Wichtschur für injere Aktion in dem Wahlfeldzuge einfach genug. Wir werden den Wahlkampf mit der alten Energie, mit grundsätzlicher, rücksichtloser Schärfe, wir werden ihn wieder mit reinlichen Mitteln führen, während allein durch die Wucht guter Gründe und schlagender Thatsachen. Persönliche Gehässigkeiten und kleinliche Zank, die unseligen Waffen einer unjächlichen Polemik dürfen wir, denen die Wissenschaft und die Praxis, die unerschöpflich reiche Welt der Thatsachen die besten Argumente liefert, nicht handhaben, auch nicht im heißen Gedränge der Wahlschlacht. Rühl und unbefangen müssen auf

jedem Kampfesfelde, in jedem Kreise die Aussichten und Aufgaben erwogen, die richtigen Mittel, die von Kreis zu Kreis wechseln können, angewendet werden.

So, hoffen wir, wird es gelingen, das Ziel zu erreichen, das allen Freiheitsfreunden gesteckt ist, eine volksfeindliche Mehrheit zu verhindern, das deutsche Volk vor dem kolosalen Beutezug der Kamarilla des Junkertums und des mobilen Kapitals wehhaft zu schützen.

Politische Übersicht.

Von der Teuerung.

Angst und Bange

wird es den Nationalliberalen in den Industriegebieten infolge der Preissteigerung von Getreide. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das rücksichtslose Fabrikantenblatt, das hochschnäggliedrige Blatt, rät daher, den Getreidezoll zeitweilig aufzuhoben.

Eine Bähnung.

An die Hauptzollämter, die für den Getreideverkehr in Betracht kommen, ist vom Bundesrat am Mittwoch die telegraphische Weisung ergangen, die Lagerbestände sogleich telegraphisch nach Berlin zu melden.

Der Weizenpreis

stand pro Tonne am 30. April d. J.:

Gegen die Vorwoche: In Wien + 23,6 Mt., in Paris + 6,7 Mt., in Amsterdam + 11,7 Mt., in Liverpool + 23,6 Mt., in New York + 11,6 Mt.

Gegen 1897: In Wien + 128 Mt., in Paris + 77,6 Mt., in Amsterdam + 73,8 Mt., in Liverpool + 85,5 Mt., in New York + 63,6 Mt.

Gegen 1896: In Wien + 130,1 Mt., in Paris + 111,6 Mt., in Amsterdam + 87,2 Mt., in Liverpool + 98,3 Mt., in New York + 79,4 Mt.

Der Lagerbestand an Getreide war in Mannheim in diesem Jahre in Metercentern am 1. Januar 1028890, am 1. Februar 939621, am 1. März 934075, am 1. April 546671, am 1. Mai 438100.

Bu den hohen Getreidepreisen

bemerkte die Nationalzeitung: „Wie würde es schon jetzt auch bei und aussehen, wenn ungünstige Gewerbsverhältnisse mit der Steigerung der Getreidepreise zusammengetroffen wären? Angesichts solcher erneuten Mahnung an die Gefahren, welche in unserer Zeit mit erheblichen Böllen auf das notwendigste Lebensmittel verbunden sind, gar noch die weitere, starke Erhöhung dieser Bölle zum Mittelpunkt der deutschen Politik machen, ist die höchste Verblendung. Es kann leicht kommen, daß die demnächstige Gestaltung der Getreidepreise über die deutschen Reichstagswahlen entscheidet; eine weitere, bedeutende Steigerung dieser Preise könnte leicht die Folge haben, daß die Herren Plötz und Genossen samt ihren zweidimensionalen und unzweidimensionalen Bundesgenossen üble Erfahrungen machen. Sie alle werden in den nächsten Wochen Grund haben, jeden Morgen zuerst nach den Getreidepreisennotierungen von New York und London zu blicken.“

Aus Kaiserstautern wird gemeldet: Die Brotkreise haben sich hier abermals und zwar am 4. Pfz. der Sechzehnster erhöht. Es kostet nunach 3 Kilo Schwarzbrod 80 Pfz., 1½ Kilo Gemüsbrot 45 Pfz., 1 Kilo Weißbrot 40 Pfz.

Auch in England macht sich die Teuerung des Getreides erheblich bemerkbar. Der Laib Brot kostet in London gegenwärtig 7—7½, 8 und selbst 8½ Penny (1 Penny = 8½ Pfz.). Die enorme Preissteigerung ist für die große Menge natürlich eine sehr ernste Sache.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrüche.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 5. Mai. Die Arbeit dieses Reichstages ist gescheitert. Heute um 4 Uhr schieden die Abgeordneten aus dem Sitzungssaale, viele wohl für immer. Der gesellschaftliche Teil der Session ist erledigt. Die Abgeordneten der „nationalen“ Parteien speien heute abend beim Reichskanzler und morgen beim Kaiser. Am Freitag morgen soll dieser patriotische Reichstag im Weißen Saale feierlich geschlossen werden. Abends findet ein großes Bankett statt, zu dem sich, wie man hört, 300 Abgeordnete einfinden werden. In größtem Frieden mit der Regierung geht dieser Reichstag auseinander, auf dessen Mehrheit einmal das Wort von den vaterlandlosen Gesellen gemünzt wurde.

Sind die anderen mit dem Verlauf dieser Session zufrieden, wir sind es auch, denn wir drücken ihr unseren Stempel auf. Das gilt auch von der letzten Sitzung. Nachdem in dritter Lesung die Novelle zur Civilprozeßordnung erledigt war, kam die Interpellation unserer Fraktion auf zeitweise Aufhebung der Brotzölle an die Reihe. In einer dreiviertelstündigen Rede gab Schippel die Begründung. Die Rede war vortrefflich. Ihrer vornehmen Sachlichkeit fehlte es im zweiten Teile nicht an der Wärme. Es war eine gründliche Abrechnung mit den Agrarier, aber auch mit dem Bürgertum, das seiner historischen Aufgabe, die Macht des Ostdelbier zu brechen, so wenig gewachsen ist. Nicht der Reichskanzler, sondern der Schatzkanzler Dr. v. Thielmann gab die Antwort. Sie ließte den Beweis, wenn es dessen noch bedurfte hätte, daß Deutschland noch dem Ruhme geizt, das agrarischste Land der Welt zu sein. Wozu sich selbst Herr Mölln, der Vater Hungersnot, verstanden hat, davon ist in Deutschland keine Rede. Die Getreidezölle bleiben bestehen. Die Teuerungspreise werden als vorübergehende Erscheinung ausgegeben und den Großagrarien die gute Zeit gegönnt.

Aus dem preußischen Landtag.

H. Berlin, 5. Mai. Das Abgeordnetenhaus erledigte heute in zweiter Lesung die Sefundärbahnen-Vorlage und wies die von der Kommission nicht bewilligte Linie Treuenbrietzen-Nauen nochmals an die Kommission zurück, da der Kriegsminister aus militärischen Gründen auf die Linie nicht verzichten zu können glaubt.

Hierauf nahm das Haus den Bericht der Budgetkommission über den Antrag v. Arnim (cons.), betreffend die Erhöhung des Einkommens der Fürster entgegen. Der Antrag selbst wurde abgelehnt, die Regierung jedoch aufgefordert, bei der in Aussicht gestellten Ausgleichung der bestehenden Höhen und Ungleichheiten in den Bezügen der 1897/98 nicht aufgebesserten Beamten durch den nächstjährigen Etat insbesondere auch auf eine Erhöhung des Einkommens der Fürster Bedacht zu nehmen.

Schließlich erklärte das Haus noch die Wahl des Abg. von Staudy (cons.), 4. Posen, für gültig und erledigte Petitionen ohne allgemeines Interesse.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die erst am Sonnabend stattfindet, steht die dritte Lesung der 10x-Urteile und die zweite Lesung der Gesetzesvorlage betr. Regelung der Pfarrergehälter.

Chinesisch.

Vor Salisbury,

der englische Ministerpräsident, scheint recht gekräftigt nach Vordon zurückgekehrt zu sein. Auf der gestrigen großen Versammlung der Primrose-League in Albert Hall hielt er eine Ansprache, in der er ausführte, die chinesische Frage sei eine Art Feuerwerkskörper mit vielen Detonationen.

Salisbury hob die großen Vorteile hervor, die Weihaiwei habe. England hätte keine Veranlassung gehabt, Port Arthur zu nehmen; er glaube, Russland habe einen Fehler begangen, diesen Hafen in Besitz zu nehmen. Wenn das chinesische Reich zusammenfließe, würde eine große Verwirrung entstehen, die die ganze Energie der interessierten Mächte anspannen würde. Die schwachen Staaten würden noch schwächer, die starken noch stärker. Die Engländer dürften nicht darauf bauen, daß ihre inneren Angelegenheiten in Ruhe seien, jede Gefahr verschwinden sei; es seien Anzeichen vorhanden, daß der Fortgang der Ereignisse die Gründe für einen Konflikt der Nationen vermehren könne. Die Engländer würden alle ihre Thatkraft und Sichtkraft zusammenfassen müssen, damit sie nicht im Falle einer Umwälzung in eine unvorteilhafte Lage gerieten.

Von der chinesischen Regierung hat Frankreich wegen der jüngst erfolgten Ermordung eines französischen Missionars in Tung-chin eine Geldentschädigung verlangt.

Prinz Heinrich ist, nach langer Fahrt, am 5. Mai in Kiautschou eingetroffen. Aber nicht auf der Deutschland!

Chronik der Majestätsbeleidigungssachen.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde heute von der Strafkammer des Bochumer Landgerichts der Bergmann Joseph Dicke zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte die inkrimierte Neuerung in einer Wirtschaft gethan und zwar im Zusammenhang mit der Vereinigung: In Berlin würden die Millionen verzehrt, aber das Volk habe nichts zu essen.

Die Strafkammer in Nordhausen verurteilte den Agenten Wagner wegen Majestätsbeleidigung zu fünf Monaten Gefängnis.

Von der Strafkammer in Schweidnitz wurde der Schleifer, gelehrte Hans Forst ohne festen Wohnsitz wegen Unterschlupfung und Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

* Berlin, 6. Mai. Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf von Bestimmungen wegen Herstellung einer Statistik der Streiks und Aussperrungen, sowie den Entwurf einer Geschäftsordnung für den Börsenausschuß den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Zum preußischen Abgeordnetenhaus wurde eine Interpellation eingebracht, ob es richtig sei, daß in einem nach Köln bestimmten Hause mit amerikanischen Napfelaßfällen bei der Unterstellung an der Fleischgrenze die Schildlaus lebend festgestellt worden sei und ob die Regierung wegen des verstärkten Schutzes gegen die Einschleppung der Schildlaus Schritte zu thun gedenke, eventuell welche.

Der Schluß des preußischen Abgeordnetenhauses ist für den 18. d. M. in Aussicht genommen.

Soeben veröffentlicht die Wahlprüfungscommission des Reichstages einen Generalbericht über die Ergebnisse der Wahlprüfungen in der abgelaufenen Wahlperiode von 1893 bis 1898. Dieser Bericht hat eine besondere Bedeutung dadurch, daß in ihm diejenigen Grundsätze zusammengestellt werden, die die Wahlprüfungscommission übereinstimmend mit dem Reichstag bei den Gültigkeitsprüfungen beobachtet hat. Zum erstenmal erfolgt eine solche Zusammenstellung und Veröffentlichung. Aus dem Bericht ergibt sich, daß 119 Wahlen an die Wahlprüfungscommission zur Prüfung abgegeben worden sind und daß der Reichstag in Übereinstimmung mit der Wahlprüfungscommission 16 Wahlen für ungültig erklärt hat. In 7 Fällen erledigte sich die Wahlprüfung durch Niederlegung des Mandats und zwar in 3 Fällen vor, in 4 Fällen nach statthafteter Prüfung der Wahl.

Dem Vernehmen nach hat der Kaiser die Absicht zu erkennen gegeben, auch den preußischen Landtag persönlich zu schließen.

Zum parlamentarischen Abend beim Reichskanzler Fürst Hohenlohe gestern waren, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, Mitglieder aller Parteien erschienen. Neben den Reichstagsmitgliedern waren auch zahlreiche Angehörige des Landtages, alle Minister und Staatssekretäre, ausgenommen Herrn von Bülow, sowie Vertreter der Finanzwelt, Literatur und Presse“ zugegen.

Das freisprechende Urteil gegen den Schuhmann Kiefer in Köln, der ein anständiges Mädchen, Fr. Wilhelmine Fassbinder, trotz ihres Einspruchs und obgleich sie ihm auf der Straße erklärte: „Hier wohnen meine Eltern, überzeugen Sie sich!“ verhaftete und gewaltsam auf die Polizei brachte, wurde am 5. Mai vom Reichsgericht aufgehoben. Der höchste Gerichtshof verwies zugleich die Sache zu nochmaliger Verhandlung an ein anderes Gericht, nämlich an das Landgericht zu Bonn. Das Reichsgericht sandt das Urteil aus mehreren Gründen „im höchsten Grade bedenklich“. Insbesondere liege unzweifelhaft ein Mangel des Urteils darin, daß das Landgericht ohne weiteres den Dolus damit ausschließe, daß es sagt, es hätte nicht widerlegt werden können, daß Kiefer seine Instruktion nicht gesamt habe.

„Es lag sehr nahe, daß das Gericht sich zunächst bei der vorgelegten Behörde Kiefers erkundigte, ob diese Instruktion ihm nicht ordnungsgemäß bekannt gegeben worden sei und ob er sie deswegen nicht hätte kennen müssen. Da eine solche Feststellung unterblieben ist, müssen die Urteilsgründe als nicht ausreichend bezeichnet werden. Aber noch andere Wendungen des Urteils sind bedenklich, so, daß der Angeklagte der Meinung gewesen sei, er habe sich auf eine Kontrolle der Angaben der Verhafteten auf der Straße nicht einzulassen können. Es kann doch wohl kaum bedenklich sein, eine Legitimation überall da anzunehmen, wo sie in geheimer Weise angeboten wird. Es handelt sich aber gar nicht mehr um eine Kontrolle auf der Straße, da die Verhaftete erklärte, hier sei ihre Wohnung. Der

Angesagte hätte, ohne seiner Würde etwas zu vergeben, das Haus betreten und die angebotene Legitimation prüfen können. Außerdem enthält das Urteil noch eine Reihe sonstiger Rechtsurteile.

Herr, dunkel ist der Neben Sinn! In der Debatte über die Bahn-Räumen-Trennenkrieben sagte der Potsdamer Landtagsabgeordnete Dr. Nesch u. a. folgendes:

Dann aber — ich bin kein Schwärzleher, und es liegt mir fern, meiner Phantasie die Bügel schließen zu lassen; aber das wird doch jedermann zugeben müssen, daß man sich eine Zeit oder eine Ewigkeit der Dinge sehr wohl denken kann, wo es außerordentlich erwünscht sein wird, wenn die kaiserliche Residenz (das neue Palais in Potsdam) in unmittelbarer Verbindung mit den Hauptbahnen steht, so daß man von der Residenz aus die Hauptbahnen erreichen kann und umgesetzt, ohne Berlin passieren zu müssen. Es wird wohl nicht notwendig sein, daß ich dies hier des näheren ausführe.

Von den freisinnigen Abgeordneten hat niemand Herrn Kelsch zu einer Erklärung dieses merkwürdigen Phantastischen veranlaßt. Hoffentlich, schreibt die Berl. Volkszeitg., geht man bei nächster Gelegenheit auf die mystischen Andeutungen des Herrn Abgeordneten näher ein.

Hamburg. 5. Mai. (Gegen die agrarischen Fleischverkäufer.) Die allgemeine Konferenz der Seestädte, einberufen von einer Kommission der Schäftekirchen der Seestädte, hat heute über die Erklärung des Reichstagslers Fürsten Hohenlohe im preußischen Abgeordnetenhaus, daß seitens des Bundesrats Verhandlungen eingeleitet seien, um den Entwurf eines Fleischgesetzes, betreffend die bessere Abwehr der Viehseucheneinschleppung und die Einführung einer obligatorischen Fleischbeschau, sehr bald fertigzustellen, eingehend verhandelt.

Der Schlächterobermeister Klinge-Hamburg polemisierte gegen den Antrag Kring, der agrarische Sonderinteressen verfolge, denn nach diesem Antrage werde der deutschen Bevölkerung der Fleischgenuss verteuert, ohne sie vor dem Gefahr gefundehschädlichen Fleisches zu schützen. Die obligatorische Fleischbeschau bestehet bekanntlich in 780 deutschen Städten. Nach dem Antrage Kring soll die obligatorische Fleischbeschau wohl Reichsgesetz werden, den Landwirten sollte es aber nach wie vor gestattet sein, für den eigenen Bedarf unbeaufsichtigt zu schlachten und Wurst zu bereiten. Dadurch werde aber den Schlächtern in den großen Städten eine unlautere Konkurrenz gemacht und die Gefahr der Einführung gefundehschädlichen Fleisches nicht beseitigt, denn wer würde dafür, daß die Landwirte bezüglich ihrer unbeaufsichtigten Viehabschlachtung und Wurstbereitung nicht über den eigenen Bedarf hinausgehen und Fleisch von fremdem Vieh z. zum Verkauf in die Städte bringen?

Ein anderer hob hervor: "Wenn die ausländische Vieh-einfuhr verboten werde, dann würden die Fleischpreise in Hamburg sofort um 25 Prozent steigen, ohne daß die Schlächter einen höheren Verdienst hätten. Eigentümlicherweise verbiete man die Einführung lebenden Vieches, gesetzte dagegen die Einführung von Fleischwaren. Dadurch, daß man die Einführung lebenden Vieches aus Dänemark verboten habe, sei der Bestand an lebendem Schlachtvieh in Deutschland um zwei Drittel verringert.

Handelskammerpräsident Lange-Bilbeck trat für Erleichterung der Viehabschlachtung ein. Er sah nicht ein, warum man der deutschen Bevölkerung die Fleischlost verteuern wolle, lediglich um den Landwirten größere Steuern zu zuführen. Er und seine Freunde werden daher jedem Vorschlag für Erleichterung der Viehabschlachtung zustimmen.

Es wurde folgende Resolution angenommen:

1. Die Tuberkulins-Impfung an Tieren, die zum Zwecke der sofortigen Schlachtung eingeschafft werden, ist als zwecklose Maßnahme abzuschaffen.

2. Alles, was vom Auslande einzuführende Schlachtvieh ist an dem Einfuhrporto in öffentlichen Schlachthäusern zu schlachten und das Fleisch dadurch nach den bestehenden Bestimmungen der Fleischbeschau zu unterziehen.

Breslau. 5. Mai. Die freisinnigen Kandidaten mit der Aufstellung ihrer Kandidaten zum Reichstag nicht fertig werden. Nach langen Vorverhandlungen wurde zu gestern abend eine Versammlung des freisinnigen Wahlvereins berufen, in der die Aufstellung der Kandidaten erfolgen sollte, wie öffentlich angekündigt wurde. In der Versammlung selbst mußte aber der Vorsitzende, Reichsanwalt Heilberg, erklären, daß es noch nicht gelungen sei, geeignete Kandidaten zu finden. So wurde dann noch längere Verhandlung beschlossen, es dem Vorsitzenden zu überlassen, unter Hinzuzeichnung ihm geeignet erscheinender Vorliegen, die Kandidatenfrage selbstständig zu erledigen. Muß man da in Verlegenheit sein um zwei Männer, die Lust haben, durchzufallen!

Auch die Konservativen haben für die beiden Breslauer Wahlkreise noch keinen Kandidaten finden können.

Gegen die Freisprechung des Genossen Bruhns von der Anklage wegen angeblicher Beleidigung des Zwicker Schöffengerichts hat der Breslauer Staatsanwalt Stevien beim Reichsgericht beantragt.

München. 5. Mai. Die Kammer der Abgeordneten nahm heute das Vereinsgesetz in der vom Ausschuß beschlossenen und von der Regierung gebilligten Fassung an. Alle weitergehenden Anträge der Sozialdemokratie wurden abgelehnt, nachdem von der Regierung auf das bestimmtste erklärt worden war, daß die Annahme weitergehender Anträge das Zustandekommen des ganzen Gesetzes gefährden würde.

Durch das neue Vereinsgesetz wird das Verbot der Verbindung politischer Vereine aufgehoben und großjährigen Frauen das Recht gewährt, sich an solchen politischen Vereinen zu beteiligen, die nur den Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personengruppen oder nur Zwecken der Erziehung, des Unterrichts und der Armen- und Krankenpflege dienen.

In der Landtagsdebatte am 3. Mai über die Gefangenanstalten teilte der Justizminister Oberwasser mit, die enthaltenden Zeitungsartikel über die Verhältnisse in Lausanne seien ihm vor der Veröffentlichung durch den Verfasser zum Kauf angeboten worden. Wendert diese Erklärung aber etwas an den Thatsachen, die in ihrer ganzen Abschaulichkeit bestehen bleiben?

In „eugeren Kreisen“ will man nach der Frankfurter Zeitung wissen, daß man bei Hofe mit der nicht allzu fernen Möglichkeit eines natürlichen Thronwechsels (König Otto) rechne.

Kleine politische Nachrichten. Die Königberger Stadtsvorordneten nahmen den Antrag des Magistrats an, zehn Schulärzte für Mittelschulen anzustellen. — Der Volksschullehrer Langscheidt in Elberfeld war wegen eines im Bericht der deutschen Volkspartei gehaltenen Vortrages seines Amtes entzweit worden. Die von Langscheidt beim Ministerium erhobene Beschwerde ist jetzt verworfen worden. — Der städtisch in Posen lebende Grenzkommissar aus Amanweiler unter dem Verdachte der Teilnahme die Gesamtheit auszubauen und die Lebenshaltung der breiten

Splonage verhaftete und nach Meß übergeführt. Befort ist wieder außer Verfolgung gestellt worden. — Die ungarische Regierung richtete an sämtliche Handelskammern die vertrauliche Aufforderung, bis Mitte Juni ihr Gutachten über ein selbständiges Kolonialgebiet abzugeben. — Die Nachrichten aus der britischen Westafrikanischen Kolonie Sierra Leone lauten sehr ernst. Die Einführung der Höhlesteuer, durch die man angeblich (sieht auch in den deutschen Kolonien) die Neger zur Arbeit erzwingen will, hat bisher überall zum Aufstand geführt.

Oesterreich-Ungarn.

Die Sprachenverordnungen im Parlament.

Wien. 5. Mai. Im österreichischen Abgeordnetenhaus erklärte in der fortgesetzten Debatte über die Sprachenanträge Baron d'Elvert (Deutsch-Fortschrittl.) : "Wenn die Regierung der deutschen Sprache die gebührende Stellung einräumt, werden die Deutschen kein Hindernis bilden, um das Staatswesen wieder auf die richtige Bahn zurückzubringen." Die Deutschen seien einig und würden nicht zurückweichen, falls die Regierung den verhängnisvollen Fehler begehen sollte, in das Lager des tschechischen oder eines anderen Staatsrechtes überzutreten.

Der Pole Jaworski sagte: "Die Polen werden, obwohl autonomistischen Grundlagen huldigend, an dem Versuche der Regelung der Sprachenfrage auf dem Boden des Reichsrats stetig mitwirken, im Hindernis auf die in Frage stehenden Interessen des Staatswohles, und um ein normales Verfassungsrecht zu ermöglichen."

Abg. Fournier erklärte: "Die Deutschen wollen Frieden und Versöhnung, jedoch ohne Verkürzung ihres Reichs." Frhr. v. Schwedel (verfassungstreuer Großgrundbesitzer) drückt seine Meinung über die Erklärung der Regierung betr. der Sprachenverordnungen aus und sagt, der verfassungstreue Großgrundbesitzer sei bereit, an einer dauerhaften Lösung der Sprachenfrage mitzuwirken, werde sich jedoch der Formulierung eines bestimmten Programms enthalten und für die Einsetzung eines Sprachenausschusses eintreten.

Abg. Tro (Schönerianer): Kein deutscher Abgeordneter dürfe in den Sprachenausschuss eintreten, so lange die Sprachenverordnungen beständen. Es sprechen noch der parteilose Abg. Schöpfer, der Italiener d'Angeli und der Kroate Bulat, die sämtlich für die Einsetzung eines Sprachenausschusses eintreten, die beiden letzteren unter Feststellung ihrer Forderungen für die von ihnen vertretenen Länder. Die Verhandlungen werden hierauf abgebrochen.

Dem Hause ist ein Dringlichkeitsantrag des Abg. Dr. Kornawetter zugegangen, den Grafen Vadoni wegen unbefugter Verschwendungen von Staatsgeldern in der Angelegenheit der Zeitung Die Reichswehr in den Anklagezustand zu versetzen, serner ein Dringlichkeitsantrag des sozialdemokratischen Abg. Verkauf, der die Regierung auffordert, wegen sofortiger Aufhebung der Getreidezölle ungezähmt mit der ungarischen Regierung in Verhandlung zu treten.

Zur Reichstagswahlbewegung.

Miquels Wahlentrichtungspläne.

Der bekannte Centrumsabgeordnete Müller-Zulba hat im Wahlauschusse der Centrumpartei für den Regierungsbezirk Kassel folgendes gesagt:

Die unter der Regie des Herrn v. Miquel ins Werk gesetzte Politik der Sammlung habe lediglich das Ziel im Auge, das Centrum aus seiner zieligen ausschließenden Stellung herauszuwerfen. Wenn es den Anhängern dieser Politik, die neu aufgelegte des Kartells, gelingen sollte, für sich die Mehrheit in dem neuen Reichstage zu erlangen, so sei es um das gleiche, allgemeine Wahlrecht geschehen. Das Gesetz über die Änderung des Wahlrechtes zum Reichstage liege schon seit dem vorigen Sommer fertig ausgearbeitet da, und es unterliege gar keinem Zweifel, daß es dem Reichstag vorgelegt werde, sobald ein beispielhaftes Kettentreffen vorliegen sei. (Angeblich soll ein Drittel der Abgeordneten aus allgemeinen Wahlen, auf 300 000 Wähler ein Abgeordneter, hervorgehen, der Rest, zwei Drittel, soll durch die Landtagswahl gewählt werden.) Neben dem sollt werden von einem solchen Reichstage unser Vereins- und Versammlungsrecht abgeändert und eingeschränkt werden. Vorgeschoben würden als Ziel der Sammlungspolitik allerdings rein wirtschaftliche Interessen, der Schutz der nationalen Arbeit etc.; das aber seien nur Phrasen, um den Wählern Sand in die Augen zu streuen. Das Hauptziel sei, das Centrum aus seiner ausschließenden Stellung im Reichstage zu verdrängen. Deshalb müsse das Centrum bei den bevorstehenden Wahlen vor allen zu verhindern suchen, daß die Freunde dieser Sammlung den Sieg davon tragen.

Wähler, seid auf der Hut, es handelt sich um Euer höchstes Recht! Nieder mit den Sammlungspolitikern!

Der Wahlaufschuß der Nationalsozialen,

der in der neuesten Nummer der Hilfe veröffentlicht wird, ist so ausgefallen, wie zu erwarten war. Er hat einen Anfang, der das Ende ausschließt. Den Anfang macht der Aufruf damit, daß er ein starkes Landheer und eine starke Flotte fordert und für die Monarchie eintritt als „die besten Bundesgenossen der aufstrebenden Klassen“. Deshalb sind die Nationalsozialen gegen die Sozialdemokratie, die „ein leistungsfähiges Heerwesen“ wollen und damit „den deutschen Staat“ und die „Lebensinteressen der aufwärtsstrebenden Volksmenge“ schädigen. Allo Grösstung durch Militarismus und Imperialismus!

In zweiter Linie sind die Herren sozial. Sie wenden sich gegen die Politik der Sammlung, da sie „die liberalen Kräfte unterdrücken, den deutschen Staat einer einseitig agrarischen Politik dienstbar machen“ und die Sozialdemokratie mit Zwangsmitteln bekämpfen will. Sie treten ein für das gleiche direkte Wahlrecht, Koalitionsfreiheit, Freizügigkeit, Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Schutz des Bauerndaseins, Förderung des lebensfähigen Handwerks und des Kleinhandels, für Handelsverträge, Arbeiterschutzgesetzgebung und gerechte Steuerverfassung. Darüber, wie die beiden Teile, der nationale militaristisch-monarchistisch-monarchistische, und der soziale sich vereinen lassen, wird kein Wort verloren. Dass gerade das Überwuchern des Militarismus die sozialen Reformen unmöglich macht, das wird ganz außer acht gelassen, und flottweg decretiert: wer national ist, der muss auch sozial sein.

Mit dieser Vojung wollen die Nationalsozialen in den Wahlauschusse ziehen, mit dieser Vojung erweisen sie sich als die guten Konfessionen, die sie immer gewesen sind, mit dieser Vojung werden sie unterlegen.

Der Wahlaufschuß der freisinnigen Volkspartei.

trägt zunächst die alten bekannten liberalen Forderungen vor, er wendet sich gegen die Sammelpolitik, gegen den Militarismus und die Beschränkung der bürgerlichen Freiheit:

Mit immer größerer Dreistigkeit drängen die Sonderinteressen sich hervor und suchen unter irreführenden Schlagworten der Sammelpolitik insbesondere den demokratischen Ablauf der Handelsverträge auszunutzen, um mittels gegenseitiger Zuwendung von Sonderver-

sichten des Volkes zu verteuern. Dadurch würde die Wirtschaft Deutschlands geschwächt und nicht nur Handel und Industrie sondern auch die Landwirtschaft benachteiligt werden.

Dem Volke sind ohnehin durch die leichten großen Heeresverlusten und durch das neue Flottengefecht beträchtlich erhöhte Kosten auferlegt, welche die Errichtung der Kulturaufgaben im Reich und in den Einzelstaaten beeinträchtigen und erschweren. Die Selbstwilligkeit, mit welcher die Mehrheit des Reichstags im Flottengefecht das Gelbwolligkeitsrecht für die Zukunft binden und beschränken will, ermutigt alle Bestrebungen zur weiteren Verstärkung der Rechte der Volksvertretung.

Die leichten Kämpfe zur Abwehr neuer Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts, neuer Fesselungen der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift durch die sogenannte Umsturzvorlage sind noch in frischer Erinnerung. Neuerlich wird selbst die Freizügigkeit in Frage gestellt und die Koalitionsfreiheit angefeindet, statt gesichert und verallgemeinert zu werden. Die Bedrohungen des geltenden Reichswahlrechts treten so unverhohlen hervor, daß Beeinträchtigungen desselben zu gewährten sind, sobald eine willkürliche Mehrheit dafür sich im Reichstag zusammenfindet.

Das Volk bedarf mehr als je eines Reichstages, kräftig und entschlossen, dem Konstitutionalismus einen festen Rückhalt zu sichern, ihn zu verteidigen gegen absolutistische Bestrebungen jeder Art.

Diesem Programm wird endlich noch ein kleiner Schwanzchen anhängt, das selbstverständlich einem Wahlaufruf anhängt, der von dem Erfüller der Sprachen mitunterzeichnet ist. Dieser Anhänger redet davon, daß die freisinnige Volkspartei auch „die falschen Lehren“ zu bekämpfen haben werde, die in der Befreiung unserer Gesellschaftsordnung das Ziel der Zukunft erblicken. Wie diese Bekämpfung bisher ausgefallen ist, daran denken wir mit Gemütsruhe, und werden sie auch in Zukunft in aller Gemütsruhe über uns ergehen lassen.

Das einzige Centrum.

Die Opposition einiger Centrumsabgeordneter gegen das Reichstagscentrum stellt sich immer mehr als leere Spiegelfechterei heraus. Nachdem Herr Dräger die Friedenspfeife geblasen hat, ist nun auch der Reichstagsabgeordnete für Mainz, Dr. Schmitt, der scharfe Gegner Liebers in der Flottenvorlage, mit einer friedlichen Rede auf dem Plane erschienen. Am Sonntag ist er offen für das alte Zusammenhalten eingetreten. Die Sammelpolitik, führte er aus, ist gegen das Centrum gerichtet.

Es ist selbstverständlich, daß daher das Centrum auch fernerhin fest und treu zusammenstehen muß. Auch die Flottenvorlage darf uns an unserem Centrum nicht treten lassen, wenn unsere Vertreter sich auch bei der Abstimmung über dieses Gesetz in zwei Lager geteilt hatten.

Am Schlusse seiner Rede rief er:

Halten wir deshalb zu der Partei, der wir angehören haben und der wir auch in Zukunft angehören werden.

Während also die Wirkliche Politik der Sammlung für die bürgerlichen Parteien ein wildes Durcheinander geschaffen hat, so ist es Herrn v. Miquel zu danken, daß die feindlichen Centrumsbrüder sich wieder in zügiger Eintracht um den Hals fallen.

Allerlet aus der Wahlbewegung. Der in Straßburg aufgestellte Landgerichtsrat Söldner hat erklärt, daß er dem Reichstagscentrum nicht beitreten werde. Da er voraussichtlich nicht gewählt wird, ist seine Erklärung ziemlich belanglos. — Das hessische Landeskomitee der sozialdemokratischen Partei hat beschlossen, ein Flugblatt in einer Auflage von 160 000 Exemplaren herauszugeben. — Die sozialdemokratische Wahlkomitee der Reichstagswahlkreise Köln-Stadt, Köln-Land und Miltenberg-Gummersbach-Wipperfürth haben beschlossen, für den Wahlkampf ein eigenes Organ, titelt Der Reichstagswähler, herauszugeben. Es soll bis zur Wahl wöchentlich einmal erscheinen und zwar Freitags.

Gerichtsaal.

Bandgericht.

Bändliche Anschauungen über Moral. In später Nachmittagsstunde des 17. Februar brannte das Stallgebäude des Viehmarkts H. in Ottewisch nieder, wodurch H. ein nicht unerheblicher Schaden entstand. Der Brand brach aus, als H. mit seiner Frau nicht zu Hause war und nur zwei Schulkinder, ein Knabe und ein Mädchen, die geringen häuslichen Arbeiten verrichteten. Es lenkte sich naturgemäß der Verdacht auf die Kinder, daß sie den Brand verursacht hatten. Denn außer den Kindern waren nur zwei Handwerksburschen vorübergehend im Gehöft gewesen. Der Gendarm fragte nun die Kinder und erfuhr von dem Mädchen, daß der Knabe vor dem Brand in dem dicht am Stalle stehenden Abort sich aufgehalten und auch in der Nähe, die mit dem Stalle in gar keiner Verbindung habe. Der Gendarm stellte den 12 Jahre alten Schulknaben Friedrich Richard Rauschke zur Rede. R. verwickelte sich in Widersprüche und seine Aussage stimmte nicht mit der des Mädchens überein. Schließlich gab er zu, daß ihm im Stallgebäude ein Streichholz entfallen sei und er durch Aufstreifen auf das Streichholz dieses entzündet habe. Dem R. wurde nun wegen Brandstiftung der Prozeß gemacht. Vor der IV. Strafkammer bestritt R. entschieden, der Thäter gewesen zu sein und behauptete, daß er nur aus Furcht vor dem Gendarm die Brandstiftung zugegeben bez. dem Gendarm die Unwahrheit gesagt habe.

In der Zeit vom September 1897 bis Ende Januar 1898 hat es in Ottewisch siebenmal gebrannt, ohne daß R. mit diesen Bränden in irgend eine Beziehung gebracht werden konnte. Nachdem aber R. verhaftet war, haben die Brände sich nicht wiederholt. Es galt nun, die Glaubwürdigkeit des Knaben R. und des Mädchens zu prüfen. Der Pfarrer des Ortes sowie der Schullehrer stellten dem Mädchen ein ungünstiges Zeugnis über ihre Wahrheitsliebe aus, während dem R. nichts besonders Nachteiliges nachgesagt werden konnte. Bei dieser Gelegenheit ließ sich der Pfarrer auch über die moralische Auffassung auf dem Lande über das Brandstiftung aus und meinte: Er habe die Auffassung gehabt und gemeint, daß auch andere sie haben, daß die Brandstiftung ein verabscheuenswürdiges Verbrechen sei. Er habe aber die trübe Erfahrung machen müssen, daß diese Auffassung auf dem Lande gar nicht geteilt wird. Viele ländliche Besitzer haben baufällige Gebäude und sehen es nicht ungern, wenn ihnen durch die Erlangung der Versicherungssumme ein Neubau des Gebäudes ermöglicht wird. Deshalb werde auf dem Lande die Anschauung vertreten, daß es vom Brandheimgesuchten Besitzer meist direkt oder indirekt an der Entstehung des Braudes beteiligt sind. Bei einer solchen Anschauung über Rechtsbegriffe und Moral werde die Brandstiftung gerade bei der jüngeren Generation als eine hervorragende That angesehen und derjenige, der

Reichstagwahl.

**Flugblattverbreitung im 12. u. 13. Reichstagwahlkreis
am Sonnabend den 7. u. Sonntag den 8. Mai.**

Treffpunkt der Genossen in folgenden Lokalen:

Nordbezirk:

Sonnabend abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr

Gohlis: Restaurant Mönchshof, Georgstr.

Gutritsch: Restaurant Hoyer, Schönefelder Str.

Möckern: Restaurant D. Müller.

Wahren, Stahmeln, Lindenau: Restaurant Birken-
schlößchen, Wahren.

Hänichen: Fleischers Gasthof.

Ostbezirk:

Sonnabend abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr

Anger, Rennellerhansen: Rest. Markgraf, Bernhardstr.

Neudnit: Restaurant Schröder, Kronprinzstr.

Neuschönefeld: Restaurant Käbel (Schilde), Klarastr.

Vollmarsdorf: Restaurant Sanow, Nathalienstr.

Neustadt: Restaurant Goldener Löwe, Marktstr.

Gellerhansen: Restaurant Leichmann, Schützenhausstr.

Schönefeld, Mockau: Rest. Sächsischer Hof, Schönefeld.

Baumsdorf: Neuer Gasthof.

Sonntag mittags 1 Uhr

Engelsdorf, Sommersfeld: Rest. Stadelmann, Engelsdorf.

Südostbezirk:

Sonnabend abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr

Thonberg: Restaurant Arnold, Kohlräb-Insell.

Sonntag früh 7 Uhr

Liebertwolkwitz: Restaurant Schwarzes Roß.

Möllan: Restaurant Neue Welt.

Sonntag früh 8 Uhr

Probstheida: Restaurant Julius.

Sonntag vormittags 11 Uhr

Stötteritz: Gasthaus Deutsches Haus.

N.B. Für die Bezirke, wo die Zeit des Sammelns am Sonntag früh nicht angegeben ist, erfolgt Bekanntgabe am Sonnabend abends bei der Verbreitung.

Genossen! Thut wie bisher Eure Pflicht, erscheint zahlreich und pünktlich zur Verbreitung des Flugblattes.

Die Maifeier betreffend.

Alle Forderungen oder Verpflichtungen dem Maikomitee gegenüber sind bis spätestens am 15. Juni

zu erledigen. Das Maikomitee wird dann Bericht erstatten und sich auflösen. Manuskripte der eingesandten Festsieder werden nur auf Verlangen zurückgesandt. [4418]

Das Maikomitee: G. Grenz, Mittelstr. 7.

Sozialdem. Verein L.-Ostbezirk.

Die Mitglieder werden hiermit nochmals ersucht, sich an der am Sonnabend und Sonntag vorzunehmenden Flugblatt-Verbreitung vollzählig zu beteiligen. Die Lokale, in denen die Flugblätter verausgabt werden, sind in dieser Nummer der Volkszeitung verzeichnet. Wenn alle Genossen und Genossinnen ihre Pflicht thun, ist die Verbreitung in ganz kurzer Zeit bewerkstelligt.

Der Vorstand.

Wahlverein für den 12. sächs. Reichstagwahlkreis!

Nächsten Sonnabend bzw. Sonntag soll in Leipzig ein

Flugblatt

verbreitet werden und richten wir an unsere Mitglieder das dringende Ersuchen, sich recht zahlreich zu beteiligen. Die Ausgabestellen der Flugblätter sind bereits benannt gegeben.

Genossen! Thut Eure Pflicht!

Der Vorstand.

Achtung!

Arbeiter-Radfahrer von Connewitz
welche gesonnen sind, sich nächsten Sonntag an der Agitationstour zu beteiligen, werden gebeten, sich punt 1 $\frac{1}{2}$ Uhr am Kreuz einzufinden. Legitimation ist mitzunehmen. [4420] G. Schmidt.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Illge in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Südbezirk:

Sonnabend abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr

Connewitz: Restaurant Gambrinus.

Sonntag früh 6 $\frac{1}{2}$ Uhr

Connewitz: Restaurant Niedel.

Westbezirk:

Sonnabend abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr

Plagwitz: Restaurant Camerun, Nonnenstr.

Lindenau: Restaurant Erholung, Lützener Str.

Kleinzschocher: Restaurant Bürgergarten.

Leutzsch: Restaurant Vater Jahn.

Großzschocher: Gasthof zur Mühle.

Knautsleeberg: Gasthof Zum weißen Roß.

Markranstädt: Gasthof Thüringer Hof.

Sonntag früh 6 Uhr

Böhme-Grenzberg: Restaurant Grüne Aue
und in allen vorstehenden Lokalen.

Bezirk Alt-Leipzig:

Sonnabend abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr

Centrum: Restaurant Weinsäß, Matthäikirchhof.

Norden: Restaurant Kässler, Gerberstr.

Osten: { Restaurant Jäger, Glockenstr.

{ Restaurant Römischer Hof, Mittelstr.

Süden: Restaurant Gosenthal, Dufourstr.

Westen: { Restaurant Morgenröte, Haup'm unstr.

{ Restaurant Kohlisch, Mendelsohnstr. 4.

Vollverein f. Blagw. Lindenau.

Sonnabend den 7. Mai abends 1 $\frac{1}{2}$ Uhr

Mitgliederversammlung

im Vereinslokal Stadt Altenburg

Mart, Lindenau. [4386]

Tag. + Ord.: 1. Ergänzungswahl zum

Vorstand. 2. Anträge der Mitglieder.

3. Verschiedenes.

Bahlreiches Erscheinen erwünscht. D. v.

Arbeiterverein Leipzig.

Vereinslokal: Münzgasse 7, II.

Sonnabend den 7. Mai abends pünktlich

8 $\frac{1}{2}$ Uhr: Beginn der Redelübung.

9 $\frac{1}{2}$ Uhr: Diskussion.

Sonnabend den 14. Mai abends 9 Uhr

in der Flora, Windmühlenstraße:

Probe für alle Wettbewerben beim

Prüfungsfest in Stötteritz.

Gesungen wird: "Der Menschheit Er-

wachen" von Uthmann; "An die Ver-

gefesselten" von Joseph Schen. [4388]

Deutschkatholische Gemeindeverein.

Sonntag, 8. Mai, früh 10 Uhr I. Bürger-

schule: Erbauung, Prebiger Klipponborger.

Arbeiter-Berein Wahren.

Sonnabend den 7. Mai abends 9 Uhr

Versammlung.

Vortrag über: Moses oder Davida.

Bahlreiches Erscheinen erwünscht.

[4400] Der Vorstand.

Arbeiter-Verein Landha

und Umgegend.

Sonntag den 8. März nachm. 1 $\frac{1}{2}$ Uhr

Dessentl. Mitgliederversammlung

im Deutschen Haus.

Tag. + Ord.: 1. Vortrag der Frau

Meder über: Kinderarbeiten. 2. Dis-

cussion. — Gäste willkommen. D. v.

Gemeinnütziger Verein

L.-Eutritzsch.

Sonnabend den 7. Mai abends 9 Uhr

Versammlung

im Restaurant Ratsch, Marienstr. 9.

Bahlreiches Erscheinen erwünscht. D. v.

Gemeindeverein Stahmeln

Morgen Sonnabend 1 $\frac{1}{2}$ Uhr

Mitglieder-Versammlung.

Erscheinen notwendig. D. v.

Damenhüte

garniert und ungarnt in

großer Auswahl. [8277]

Putzartikel jeder Art.

Kinderhüte.

Alle Bestellungen schnell und billig.

R. Hellmann

Inhaber: P. Kleemann

14 Gerberstraße 14.

Gr. Ausw. präm. Kanarienvögel

Sechs, Riff, Nest, Charpie, Eierbrot,

hochfeiner Sommerflocken, Amelsseler,

Weblin, ital. Goldfisch 10 Pf. empfohlen

Max Kraft, Vogelfutterh., Poststraße 18.

oooooooooooo

Borjanka
Verarbeitung
große Auswahl

in

weißer und bunter

Bettwäsche

Groß: Inlettdeck (Deckb.) v. 800 flan

" do. (Unterb.) 225 "

" Bettlage m. Ril. 250 "

" Bettläufer . . . 100 "

" do. ohne Ril. 150 "

" Varch.-Bettläufer . . . 75 "

" Strohsäcke . . . 100 "

Besonders preiswert:

Rotes Gebett, Inlett u. 2 Rilien

nur 9 Mr.

Spezialität:

Erstlingswäsche

Bettfedern und Daunen

zu billigen Preisen.

A. Blum, Fabrik

Leipzig, Reichsstraße 9.

1. Beilage zu Nr. 103 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, den 6. Mai 1898.

Aus dem Landtage.

R. Dresden, 5. Mai. Die Tagesordnung für die heutige Sitzung der 2. Kammer war wieder sehr reichhaltig. zunächst war über die Regierungsvorlage, den Gesetzentwurf über die Verwaltungsbefreiung, zu beraten. Die Deputation hat sich im Prinzip mit dieser Vorlage einverstanden erklärt, doch rätseln ihr einzelne Bestimmungen und die Anordnung des Stoffes nicht. Sie beantragte daher, die Vorlage abzulehnen, zur weiteren Beratung der Materie aber eine konsultative Deputation einzurichten. Weiter soll die Regierung in Berücksichtigung dieser Sachlage dem nächsten Landtage eine neue Vorlage machen.

Abg. Reuß (Referent) hob hervor, daß es nur wünschenswert erscheine, wenn auf dem Gebiete der Verwaltungsbefreiung erweiterter Rechtschutz angestrebt werde. Nach dieser Richtung sei die mit sehr grobem Fleiß ausgearbeitete Vorlage nur mit großem Dank zu begrüßen. Zu einer eingehenden Behandlung und der nötigen Umarbeitung sei aber für diesen Landtag die Zeit zu kurz gewesen.

Abg. Dr. Schill ist der Meinung, daß es doch wohl möglich gewesen wäre, das Gesetz schon diesmal zu stande zu bringen. Er bedauerte, daß es nicht geschehen. Nunmehr sei allerdings der von der Deputation vorgeschlagene Weg der einzige gangbare.

Abg. Goldstein betont, daß er nur den Standpunkt seiner Partei im allgemeinen vertrete, auf Einzelheiten der Vorlage nicht eingehen wolle. Ohne die Bedeutung der Vorlage zu unterschätzen, sei er doch von ihr enttäuscht, die den Verwaltungsgerichten übertragenen Kompetenzen seien nicht weitgehend genug. Die Materie des öffentlichen Rechts hätte in Bezug auf politische Freiheiten einschränken müssen. Das jetzige Verfahren der Beschwerde etc. biete keine Garantien für eine unbedingte Entscheidung. Der Instanzenzug sei auch so mißlungen, daß ihn in politischen Fragen niemand gern einschläge. In den vielen Verfassungen des Ministeriums finde man sich nicht mehr zurecht. Die Regierung stelle sich auf den Standpunkt der reinen Polizeiabschaffung. Er erinnerte nur an die seit Jahren in Dresden wiederkehrenden Maßnahmen und den Kindersesteraufstand. Das zweierlei Maß sei hier ganz offenbar. Die vielen Entschließungen und Verordnungen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens seien mit nichts vom allgemein rechtlichen Standpunkte aus zu rechtfertigen. Im Fall Rosenow habe die Regierung auch nach Ansicht von Juristen das Gesetz ohne Zweifel "irrtümlich" angewendet. Es fehlt hier aber die Instanz, die solchen politischen Dingen gerecht wird. Nach § 77 sei zwar die Anfechtungsklage möglich. Dem Arbeiter ist es aber in den meisten Fällen nicht möglich, auch nur den Kostenverschuss zur Erhebung einer Klage aufzubringen. Und das Armenrecht ist auch von erschwerenden Umständen abhängig. Wenn der Landtag mit allen den Beschwerden behelligt werden sollte, dann müßte eine ständige Kommission in Thätigkeit sein. Mit der Verantwortlichkeit der Minister sei es auch nicht weit her, sonst wäre eine Behandlung, wie sie die größte Partei im Lande vom Ministerium des Innern sich gefallen lassen muß, unmöglich. Draußen im Lande wirkt man dem Minister parteiliche Stellung vor. Für uns existiert das durch die Verfassung garantierte gleiche Recht nicht. (Zurück: Es ist zur Abfrage geworden.) Gegen Überschreitung des Rechtes seitens der Behörden gibt es keine Instanz. Und von all den Dingen ist in der Vorlage keine Rede. Durch den Oberverwaltungsgerichtshof könnte hier eine Beschwerdeinstanz geschaffen werden. Das Volk verlangt Recht und nicht politische Maßregeln. Für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger bleibt es keine Garantien und die Regierung selbst kommt in einen inneren Widerspruch mit dem Recht. Macht geht eben vor Recht! (Ordnungsruf.) Die Leipziger Zeitung hat ja auch geschrieben, daß die Verwaltungsgerichte so zugedröhnt werden sollen, wie es den konservativen Grundsätzen entspreche. In dieser Kamer werben wir ja immer verzgleich für die natürlichen Ansichten und Rechte des Volkes kämpfen. Es wird aber ein Tag kommen, wo man gezwungen sein wird, die Wünsche des Volkes zu erfüllen.

Die Regierung schwieg sich über diese Ausführungen vollständig aus. Die Anträge der Deputation wurden angenommen.

Eine Petition des Vereins der Impfzwangsgegner in Chemnitz ließ man gegen die Stimmen der Sozialdemokraten auf sich berufen.

Dann bewilligte man für Erweiterung des Hafens in Riesa, Herstellung einer Verbindungsbahn zwischen Hafen und Bahnhof ebenfalls, Straßenverlegung und Gleisherstellung etc. die Summen von 1781000 Mk. und 181000 Mk. Der Abg. Uhlemann wünschte, daß man in Zukunft, in Betracht der hohen Summen, die in Hafenanlagen gesteckt werden, über Einnahmen und Betriebskosten eine Überzahl aufstellen möge.

Abg. Grumbt betonte demgegenüber, daß man den Verkehr, wo nur irgend möglich, erschließen müsse. Der Elbstrom bleibe hierzu überreiche Gelegenheit. In kleinliche Bedingungen solle man da nicht denken. Außerdem sprechen noch die Abg. Härtwig, Rostöck und Nietzhammer (Referent) zur Sache.

Eine Petition einer Frau verw. Matthäus in Chemnitz, einen Erbanspruch der Landesirrenanstalt Bischabras betreffend, überwies man der Regierung zur Erwägung. Gleichzeitig wurde die Regierung ermächtigt, auf das Erbrecht in diesem Fall zu verzichten. Es kommt besonders in Betracht, daß der Erblasser nur 18, und nicht, als wie es heißt, „in der Regel“ 18 Monate in der Anstalt gewesen ist.

Weiter lag noch eine Petition der Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter im Königreich Sachsen, den Arbeiterschutz im Baugewerbe betreffend, zur Beratung vor.

Abg. Fräßdorf vertrat in kurzen Ausführungen die Wünsche der Petenten, indem er sich zugleich mit der Behandlung der Sache in der Deputation im wesentlichen, bis auf ein Votum, einverstanden erklärte. Soweit sich die Petition auf das Trockenholz der Neubauen durch offene Coatskörbe, das Arbeiten zur schlechten Jahreszeit in offenen Gebäuden und die schlechte Beschaffenheit der Baububen und Aborte bezieht, wurde sie der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Soweit sie sich aber auf eine Einwirkung der Regierung beim Bundesrat wegen Erlass von Arbeiterschutzvorschriften und auf Fernhaltung von Frauen und jugendlichen Arbeitern, bez. auf Schaffung eines besonderen Baugewerbe-Inspektorats bezieht, ließ man die Petition gegen die Stimmen der Sozialdemokraten auf sich berufen.

Damit war die Tagesordnung und zwar unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Georgi in etwas präziserem Tempo erledigt.

Morgen gibt es abermals eine große Tagesordnung und schon wieder eine geheime Sitzung.

Eine Erklärung gab der Minister v. Meissner in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer vor Eintritt in die Tagesordnung ab. Der Abg. Grünberg hatte in der Sitzung vom 18. April behauptet, daß in einer Irrenanstalt Pfleglinge, als sie des Nachts aufstehen, von den Wärtern misshandelt worden seien. Der Minister ersuchte damals sofort um die Belege für diese Behauptung. Jetzt hat sich durch Berichterstattungen ergeben, daß Abg. Grünberg von einem ehemaligen Insassen der Anstalt Golditz, der aber schon 1898 verstorben ist, seine Informationen hat, die noch lebende Frau dieses Mannes hat aber an noch vorhandenen Briefen ihres Mannes nachgewiesen, daß dieser immer die gute Behandlung in der Anstalt gerühmt habe. Der Minister erklärte daher die Behauptungen des Abg. Grünberg als nicht den Thatsachen entsprechend, und um so bedauerlicher, als dadurch Beamte mit sehr verantwortungsvollem Dienst angegriffen worden seien. Eine Erwiderung auf diese Erklärung erfolgte nicht.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Aus dem spanischen Parlament.

Madrid, 5. Mai. Der Finanzminister bringt einen Gesetzentwurf, betreffend die Herausgebung gewisser Kolonialhäfen, ein. Ein catalanischer Deputierter verlangt ein Verbot der Ausfuhr von Blech zu verbieten. Der Finanzminister erklärt, die letztere Maßregel habe keine Eile; die Gaceta (Amtsblatt) werde abhalb das Dekret veröffentlichen, durch das die Ausfuhr von Getreide untersagt werde.

Im Senat brachte der Kriegsminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Einberufung der zweiten Reserve von den Kanarischen Inseln, ein.

Putsch in Spanien.

Madrid, 5. Mai. Aufständische Bergarbeiter von Murcia veranstalteten eine Kundgebung gegen den Octroi (die städtische Verbrauchsabgabe). Wie es heißt, stießen sie bei dem Bahnhof und die Bürgermeisterei in Brand. Militär schritt ein; einige Personen wurden verwundet. Der Belagerungszustand ist im Bezirk Cartagena erklärt worden.

Nach einem Madrider Telegramm der Köln. Btg. brachen neue Unruhen in den Provinzen Leon, Oviedo und Taceres, sowie an verschiedenen Orten in der Provinz Toledo aus. Nach dem Grubenbezirk Union bei Cartagena sind Infanterie und Gendarmerie unterwegs, da die dortigen Unruhen sehr ernster Art sind.

Die Nachrichten aus der Provinz laufen fortgesetzt alarmierend; die Vorlesungen an der heiligen Universität wurden sistiert. In Barcelona wurden, so meldet G. T. B., die Bankhäuser gestürmt.

Aus Valencia wird vom 6. Mai gemeldet: Gestern abend durchzogen streikende Grubenarbeiter die Straßen unter den Rufen: „Nieder mit den Bourbons, es lebe die Republik!“ Die Polizei mußte mit blauer Waffe einschreiten, verwundete 10 der tumultuanten und verhaftete 30. Die Aufrufe des Präfekten wurden vom Volke von den Männer gerissen und mit den konservativen Pamphleten verlaufen. Sämtliche englische Geschäftshäuser sind geschlossen.

Bon Manila.

Aus Manila wird berichtet, daß das spanische Landheer, ähnlich wie die Marine, sich anschickt, „heldenmäßig kämpfend zu sterben“, denn die Hafenbatterien können der Beschießung keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen. Die weitere Entwicklung hängt von der Haltung der Bevölkerung ab. Wenn sie sich von dem an Bord des amerikanischen Admiralschiffes befindlichen Führer der Aufständischen auf den Philippinen, Alejandro, zum Aufstand überreden lasse, sehe es mit der spanischen Sache sehr bedenklich aus.

Cubanisches.

Wie der Newyorker Herald aus Havanna meldet, hat Marcellino Blanco gestern das „autonome Parlament“ in Anwesenheit der Königin und Offiziere der in Havanna befindlichen britischen und französischen Kreuzer eröffnet. Blanco verlas eine Botschaft der Königin-Regentin. Auf seine Frage, ob die Mitglieder schwören wollten, die Souveränität Spaniens zu verteidigen und dem Könige blind zu gehorchen, stimmten sie zu.

Ein vollständig mit Gewehren und Munition beladenes amerikanisches Schiff ist zu den cubanischen Aufständischen unterwegs.

Marshall Blanco hob die den Aufständischen gewährte Waffenruhe auf.

Von der Flottenaktion.

Nach einer Drahtnachricht der Evening Post aus Cuyo Huesco erwarten drei spanische Kreuzer in der Nähe von Barbados das amerikanische Kriegsschiff Oregon, das aus Rio de Janeiro in See gegangen ist.

Wie das Evening Journal berichtet, sind gestern zwei Abstellungen mit Waffen und Munition unter dem Schutz des Kreuzers Wellington an der cubanischen Küste gelandet. Der Kreuzer habe durch das Feuer seiner Geschütze spanische Kavallerie zerstört, wobei 16 Spanier getötet und 60 verwundet worden seien.

Der Yankees Pläne. — Militärisches.

Wie die Newyorker Tribune aus Washington erfahren haben will, erwägt man in den Kreisen der Marineverwaltung erstmals eine Besitzergreifung der Kanarischen Inseln, der eine Provinz Spaniens bildenden schönen Inselgruppe an der Westküste Afrikas. Andererseits hat nach einer Meldung des World aus Washington Präsident Mac Kinley im Laufe einer Unterholzung mit einer befriedeten Persönlichkeit erklärte, er wolle den Krieg zu seinem Eroberungskriege machen, er sei für eine angemessene Entschädigung für den durch den Krieg den Vereinigten Staaten zugefügten Verlust an Gut und Blut und wünsche keinen Vauderwerb.

Nach einer Drahtmeldung der Newyorker World aus Key-West ist die Briefpost des spanischen Dampfers Argonauta gestern teilweise untersucht worden. Man hat dabei eine wichtige Mitteilung gefunden, aus der hervorgeht, daß die spanische Armee Vorbereitungen treffe, sich im westlichen Teile Kubas zusammenzuziehen. Weiter wurden durch die aufgefundenen Briefe die Nachrichten über das in Havanna herrschende Elend bestätigt. Die Briefe sollen nach Washington befördert und dort einer gründlichen Untersuchung unterzogen werden.

Der in Philadelphia an Bord des Kreuzers St. Paul unter dem Verdacht der Spionage verhaftete Mann erklärte, er sei Deutscher, gab jedoch, als man ihn nach seinem Namen fragte, an, er heiße Howard Hauman. Man fand bei ihm eine Bezeichnung des Innern des St. Paul.

Admiral Sampson wird mit seiner Flotte, die Kohlenvorräte in Key-West einnahm, die spanische Flotte, vor Portorico kreuzend, erwarten, um den Spaniern die Erreichung Portoricos, das ihnen als Operationsbasis dienen könnte, zu verwehren.

Admiral Rickard erhielt im Drahtwege Befehl, Kriegs-

material und Lebensmittel für 2000 Mann auf vier Monate bereit zu halten. Es wird das mit den Meldungen über die beabsichtigte sofortige Entsendung einer Besatzungsarmee nach Manila in Verbindung gebracht.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 6. Mai.

Von dem nationalsozialen Wahlaufruf ist das Leipziger Tageblatt ganz erfüllt. Es schreibt: „Der Aufruf hat den Vorzug, daß er in seiner Fassung klar und durchdringlich ist. Er enthält zum großen Teil das — nationalliberale Programm.“

Um Durchsichtigkeit läßt dies Lob jedenfalls auch nichts zu wünschen übrig. Ob aber Herr Raumann und seine Männer auf den Leim kriechen werden?

Der Wahlverein des XII. sächsischen Reichstagwahlkreises hatte gestern eine Volksversammlung in das Pantheon einberufen, in der Genosse Reichstagsabgeordneter F. Herbert (Stettin) über das Thema: Die Politik der herrschenden Partei und die Sozialdemokratie referierte. Die größte politische Macht haben zur Zeit, führte der Redner aus, die ostelbischen Junker, die von alters her daran gewöhnt sind, auf Kosten anderer zu leben. Er charakterisiert die Bestrebungen der Junker, ihr Einkommen aus den Getreidepreisen zu erhöhen, und bespricht den Antrag Raniz, der gerade jetzt wieder auf der Bildfläche erscheint, wo die Getreidepreise so sehr gestiegen sind. Charakteristisch für die Macht der Agrarier ist es, daß die Regierung jetzt die Aufhebung der Getreidezölle verweigert, der notleidenden Agrarier wegen. Von den Böllen haben nur die Großgrundbesitzer Vorteile, die viel Getreide verkaufen können, nicht die Kleinbauern. Die Forderungen der Agrarier liefern keine Grenze, wenn es ihren eigenen Vorteil gilt. Sie wollen der Freizügigkeit zu Leibe, um die Arbeiter an die Scholle zu fesseln und sich billige Arbeitskräfte zu schaffen usw. Ihr Treiben ist allmählich eine Gefahr für das Gesamtunterland geworden. Die agrarische Bewegung ist so stark geworden, daß sie in die anderen Parteien übergreift. Die am System der Grundbesitzlosigkeit zu Grunde gegangenen Nationalliberalen liegen in das agrarische Fahrwasser ein. Auch der Freisinn fängt an, an dem System des Protektionismus (Dampferabvention) Geschmack zu finden. Redner beleuchtet die Gefahren, die der Arbeiterschaft aus der Marine- und Weltpolitik drohen durch die Konkurrenz der chinesischen und japanischen Industrie. Hand in Hand mit der Weltpolitik geht die Gewaltspolitik nach innen. Die konervative Partei führt immer das Christentum im Munde, lehrt sich aber nicht an seine Forderungen und handelt nach dem Grundsatz, daß das Christentum für die unteren Massen gut genug ist. Welkommen sie und ihre Gesinnungsverwandten im nächsten Reichstage die Macht, so ist das allgemeine Wahlrecht in Gefahr und die Vereinsfreiheit, Pressefreiheit, Koalitionsfreiheit wird gelauert. Die kleinen Handwerker fangen die reaktionären Parteien jetzt noch mit der Einrichtung von Zwangsinnungen ein und dem Antisemitismus. Redner führt im einzelnen aus, daß mit Zwangsinnungen und Antisemitismus dem Handwerker nicht geholfen werden kann. Auch für den Handwerker gibt es keine andere Rettung, als sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Vor allem gilt es, dem Militarismus entgegenzutreten. Die Militärforderungen wollen kein Ende nehmen. Schon geht in Reichstagskreisen das Gerücht, der neue Reichstag werde im Sommer zu einer außerordentlichen Session einberufen werden, um eine neue Militärvorlage zu bewilligen. Die Reichsschulden sind angewachsen und mit ihnen die indirekten Steuern. Die kommende Reichstagswahl ist von ungeheurer Wichtigkeit für das Volk. Die einzige Partei, die die Interessen des Volkes gegenüber den drohenden Gefahren würdig tritt, ist die Sozialdemokratie. Mit einer Aufforderung, bei den Reichstagswahlen der Sozialdemokratie auch in Leipzig-Stadt zum Siege zu verhelfen, schließt der Redner, dessen Vortrag mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird.

Der Unabhängige Reichstagswahlverein für Leipzig hielt am Dienstag abend im Saale des Tivoli seine zweite öffentliche Versammlung ab, die von etwa über 150 Personen besucht war. Als Redner war der aus der früheren Leipziger antisemitischen Bewegung und auch sonst zur Genüge bekannte Herr Erwin Bauer anwesend, der sich in anderthalbstündigem Vortrage über das Thema: der Mittelstand im Kampfe um seine Existenz verbreitete. Nach einer Rede über dessen heutige verzweifelte Lage suchte der Redner den Weg zu schildern, auf dem wir mit der rapiden wirtschaftlichen Entwicklung der 70er Jahre zu den heutigen Zuständen gelangt seien. Schuld daran seien in erster Linie die liberalen Ideen, wie sie Männer wie Basler, Bamberger, Oppenheimer, vertreten und in einer Reihe sehr erdachter, organisch zusammenhängender Gesetze und Institutionen wie der Gewerbefreiheit, der Freizügigkeit, dem Bauhofgesetz usw. zum Ausdruck gebracht hätten. In jener Zeit sei die ehrliche deutsche Arbeit dem internationalen wuchernden Großkapital ausgeliefert worden, dessen schwindelhafte Gründungen zu Anfang der 70er Jahre vor allem die Schuld an dem damaligen riesigen Untergang der Sozialdemokratie trügen. Auf die sozialpolitische Geschiebung eingehend, behauptete der Redner, daß hier nicht der richtige Weg eingeschlagen worden sei, sofern man nur die Lohnarbeiter bedacht und die entstandenen Noten hauptsächlich auf die Schultern des Mittelstandes abgewälzt habe. Als Beispiel wurde lebhaft alsdann der Bund der Landwirte vorgehalten, nach dessen Beispiel es für den gewerblichen Mittelstand gäbe, sich zu organisieren, um mit dem Bund zusammen die Regierung zu einer Revision der mancherlichen Wirtschaftspolitik zu zwingen. Worauf diese Revision aber hinausläuft, ist zur Genüge bekannt. Sie soll, wie der Redner auch selbst sehr ungeniert aussprach, bestehen: in einer Beschränkung der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, in der Beseitigung der wirtschaftlichen Zwischenräger (geweint ist wohl der heute unenlösliche Zwischenhandel), weiter in einer Erhöhung der Brotpreise (!), die für die Bevölkerung nicht von allzu großer Wichtigkeit sein sollten; jedenfalls aber in der Anwendung großer radikaler Mittel. Was die Regierung betrifft, so hätte sie ein derartiges wirtschaftliches Programm für den Mittelstand herauszubringen sollen anstatt das hauptsächlich von Kommerzienräubern und Professoren unterschriebene Programm der Sonnenpolitik. Als durchaus unbrauchbar, weil ohne positive Reformvorschläge für den Mittelstand und im übrigen voller Präten und Widersprüche bezeichnet der Redner den Wahlaufruf der Nationalliberalen. Aber auch in konservativen Kreisen scheine man an der Rettung des Mittelstandes zu verzweifeln. Es sei darum nötwendig, seine eigenen Wege zu gehen, und der Sammlung von oben eine solche von unten entgegenzustellen.

Aus der hierauf folgenden Diskussion, an der sich die Herren Kochnick, Dr. med. Witte, Buchhardt, Wichmann, Fischer und der unvermeidliche Herr Professor Niemann beteiligten, ist als wichtigstes hervorzuheben, daß sich sämtliche Redner mehr oder weniger scharf gegen die Kandidatur des Herrn Prof. Hesse aussprachen. Vor allem, wurde gesagt, dürfe man sich von ihm nicht mit allgemeinen Redensarten abgrenzen lassen, sondern müsse vor der Wahl zu wissen verlangen, welcher Partei sich Herr Hesse anstießen wolle. Des weiteren wurde besonders von Herrn Fischer (Handwerker) gegen die rein persönliche Erklärung des Herrn Juniusvorsteigers Joachim protestiert, da die Handwerker sich noch auf keinen Kandidaten hin geeinigt hätten.

In Anknüpfung an eine persönliche Erwiderung des Herrn Wille: Herr Bauer sei ihm von verschiedenen Seiten nicht gerade als die geeignete Persönlichkeit bezeichnet worden, die Sache des U. R. V. zu unterstützen, bemerkte Herr Fischaer, daß die Handwerker allerdings einen unbescholtene reinen Menschen als Führer wünschten und daß sich in der von Herrn Wiedmann und Kohnick empfohlenen deutschsozialen Reformpartei die Führer gegenseitig mit Schmäh beworfen hätten. Als nicht in jeder Hinsicht mit dieser Partei einverstanden erklärten sich ferner die Herren Luchardt und Bauer. Während letzterer auf die Unreinheit bei der Flottenvorlage verwies und meinte, daß unter solchen Umständen keine größere Gewähr als durch Prof. Hesse geleistet werde, bezeichnete letzterer das neue deutschsoziale Programm als zu arbeiterfreundlich (1); man verspäte zu viel (Versicherung gegen Arbeitslosigkeit), nur um mehr Stimmen zu gewinnen.

Und das Resultat dieser zweiten Versammlung des U. R. V., über die wir abschließend rein objektiv berichtet haben? Dass man nur immer erst weiß, daß sich fünf Kandidaten in Leipzig gegenüberstehen werden und daß man mit der Verständigung über einen Mittelstandskandidaten noch ebenso einig oder uneinig ist, wie vor acht Tagen. Wir sind's zufrieden.

Offizielle Sitzung der Handelskammer am Dienstag den 3. Mai. Neu als Mitglied der Kammer ist Herr Konrad Krause gewählt worden. Die Handelskammer hat eine andere Gliederung erhalten. Es ist eine Lehrlings- und eine Schülerabteilung errichtet worden, das Prinzip der Klassenlehrer durchgeführt, die Stenographie obligatorisch eingeführt und die Ferienzeit anders geregelt worden. Das Besuch der Handelskammer um Verbesserung des Verkehrs von Leipzig und Halle mit dem Harz ist von der preußischen Eisenbahndirektion abgelehnt worden. Den Antrag des Vereins selbständiger Leipziger Kaufleute und Fabrikanten zur Wahrung berechtigter Interessen auf Anstellung einer Erhebung über die Lage des Kleinhandels hat die Kammer am 25. März verhandelt und eine abwartende Stellung eingenommen. Nunmehr schlug der Wahl- und Versammlungsausschuss vor, sich dem Beschluss der Dresdener Handels- und Gewerbezimmer anzuschließen, der verlangt, daß das Ministerium eine solche Erhebung veranstalten soll. Die Vorschläge des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands für Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte will die Kammer bei geeigneter Gelegenheit als schätzbares Material verwenden und auf die Frage zurückkommen. Als ein Schwund hat sich die sogenannte Landwirtschaftliche Kreditbank Leipzig entpuppt. Personen in Saalfeld sind von der „Bank“ geschädigt worden und wollten von der Handelskammer Auskunft erhalten. Weder im Firmenverzeichnis des Amtsgerichts noch in Finanzkreisen war die Firma bekannt oder zu ermitteln. Nächste Nachforschungen haben nun ergeben, daß diese Bank, eine singulierte Firma, von Neuenhain bei Gera aus betrieben wird und zwar sind deren Urheber fünf Männer, eine Frau und ein Musiker. Da die Staatsanwaltschaft in Gera sich wohl näher mit diesem „Bankinstitut“ beschäftigt wird, so soll vor dem Schwund gewarnt werden. Recht bescheiden verlangt die hiesige Firma Gottschalk und Meyerstein, daß die Handelskammer veranlaßt, daß ein die Firma abweisendes Urteil des Handelsgerichts in Nouvion auf diplomatischem Wege abgeändert werde. Die Handelskammer lehnte dieses Ausstehen ab, weil die weiteren Instanzen das Urteil noch abändern können und sie ohne Kenntnis des ganzen Urteils sich in die Sache nicht einmischen könne. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Achtung, Schneider! Vom Besluß einer am Mittwochabend in der Flora stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Schneider ist über die Firma C. Thieme, hier, Bahnhofstraße 19, wegen Burklziehung der auf unsere Forderung gegebene Bewilligung, die Sperrre verhängt worden. Die über die Firma Weißlog und Leistner verhängte Sperrre ist aufgehoben, nachdem der Inhaber, Herr Weißlog, der Kontrollkommission das Versprechen gegeben, den unterschriebenen Lohntarif II voll zu bezahlen.

Die Kontrollkommission der Schneider Leipzigs.

Der Streik der Leipziger Feilensarbeiter dauert unverändert fort. In der gestrigen Versammlung wurde bekannt gegeben, daß wegen der winzigen Bugesändnisse der Meister an die Kommission nochmals verhandelt werden sollte. Die Unternehmer lehnen es aber ab, darauf einzugehen. Herr Schott erklärte, daß er drei seiner Arbeiter nicht wieder einzustellen könnte. Diese sind nämlich verheiratet und haben zusammen 13 Kinder. Die Versammlung war einstimmig über jene Auflösung und beschloß einstimmig, nicht eher anzusangen, als bis die drei Arbeiter wieder eingestellt würden, und beschloß

Kleine Chronik.

Leipzig, 6. Mai.

— Ein energischer Pfarrer. In Hanau bemüht sich Pfarrer Wiegand für eine Lotterie zu Gunsten eines katholischen Vereinshauses. Er tut das in einem Temperament entsprechenden Art. Er schlägt, nach der Frankfurter Volksstimme, an Mitglieder seiner Gemeinde mehrere Lose mit einem Begleitschreiben, das folgenden Wortsatz hat:

Bitte die befolgenden 10 Lose entweder selbst zu behalten oder anderweitig unterzubringen und den Betrag ges. an mich zu entrichten. Wiegand, Pfarrer.

Muß der Mann von seiner Autorität überzeugt sein.

— Nedebütten des Abg. Frhr. v. Manteuffel. Der bekannte konservative Abgeordnete Frhr. v. Manteuffel hat am 27. April im Herrenhaus Nedebütten zum erstenmal gegeben, auf die die Köln. Zeitung die Aufmerksamkeit lenkt. Freiherr v. Manteuffel sagte: „Die Bevölkerung in den einzelnen Provinzen wächst unausgeglichen, mit der Bevölkerung wächst die Zahl der Irren und, was das Schreckliche ist, wächst die Zahl der Irren um zwei Prozent stärker, als die Bevölkerung wächst. Also man kann mit ziemlicher Sicherheit ausrechnen, nach so und so viel Jahren“ — hier warf ein wichtiges Herrenhausmitglied unter schallender Heiterkeit des sonst so ernsten Hauses zutreffend ein: „ist alles verrückt“ — während der Redner fortfuhr, „wird eine Provinz ein neues Irrenhaus bauen.“

Welche schreckliche Wirkung Herr v. Manteuffel seinen eigenen Reden zumindest, geht aus folgendem Satz hervor: „Ich will Sie nicht weiter ermüden; ich glaube, ich habe schon viel zu viel darüber gegeben, mich zu sehr in Details eingelassen und vielleicht schon dazu bei getragen, daß der Prozentsatz der Irren noch mehr steigt.“

Geradezu lästig aber ist die Charakteristik, die Frhr. v. Manteuffel in seiner zweiten Rede von Herrn Michael entworfene hat. Er sagte unter der größten Heiterkeit des Hauses: „Ich habe mit der Aufmerksamkeit, die ich allen Ausführungen des Herrn Finanzministers zu schenken gewohnt bin, ganz genau ausgepaßt. Ich sehe immer ängstlich nach der Notröhre, die sich der Fuchs in seinem Bau gemacht hat, um aus derselben erforderlichstens noch entschlüpfen zu können; ich habe aber diese Notröhre heute nirgends entdeckt.“

weiter, im Streik auszuhalten. Sämtliche ledigen Kollegen werden abreisen.

Vom Reichsgericht. Der Schriftsteller Münter aus Ebenlohe, der sich, wie gemeldet, am 20. Mai vor dem verhängten zweiten und dritten Strafzenat des Reichsgerichts wegen Spionage zu verantworten hat, wurde bereits nach Leipzig gebracht. Die Verhandlungen werden vorläufig öffentlich sein.

— In Roßwein war ein gewisser Befort durch den Grenzpolizeiinspektor aus Altmannsdorf unter dem Verdacht der Spionage verhaftet und nach Meißen gebracht worden. Die Angelegenheit ist nun beim Reichsgericht geprüft und Befort auf Antrag des Oberstaatsanwalts wieder außer Verfolgung gesetzt.

Die Schule, Schulexpedition und Schulgeld-Einnahme. Malzhausenstraße 1, I., bleiben wegen vorzunehmender Reinigungsarbeiten Sonnabend den 7. Mai nachmittags und Montag den 9. Mai geschlossen.

Die Petition um Errichtung einer Haltestelle der Dresden-Bahn in Volkmarisdorf soll nach dem Antrag der Finanzdeputation B der Zweiten Kammer auf sich beruhen bleiben, weil technische Vorüberlegungen nicht mehr möglich seien und bei der Kürze der Zeit die Kammer selbst keine eingehende Beratung mehr vornehmen könne.

Der Bahnhof Plagwitz-Lindenau an der preußischen Staatsbahn soll infolge des dort gestiegenen Verkehrs im nächsten Jahre umgebaut und erweitert werden.

Der bei den Abbrucharbeiten an der Gartenbauhalle der Ausstellung verunglückte Zimmermann, der einen komplizierten Schädelbruch erlitten hatte, ist im Krankenhaus verstorben.

Rekonvalescenz. In dem am 1. Mai am Eilenburger Bahnhof auf der Straße verstorbenen unbekannten Mann wurde der 1848 in Rossbach geborene Handarbeiter Friedrich Albert Schirner ermordet.

Ein Bär auf der Flucht. Aus dem Circus im Kristallpalast war gestern nachmittag kurz vor 5 Uhr ein Bär entflohen, der erst langsam, dann, als er sich verfolgt sah, in schnellerem Tempo sich durch die Wintergartenstraße nach den Anlagen am Schwanenteich wölkte. Dort erstieg er einen niedrigen Ast und erwarte seine Wärter, die ihn festsetzen und dann wieder nach dem Kristallpalast zurückbrachten. Bei dem Schauspiel hatten sich einige Hundert Zuschauer angesammelt. Der Auflösung bedarf es aber, wie der Bär aus seinem Käfig ausbrechen und das Publikum gefährden konnte.

Eine Karambolage zwischen zwei Motorwagen der Großen Elektrischen Straßenbahn fand gestern nachmittag gegen 5 Uhr an der Ecke des Brühls und der Goethestraße statt. Ein von Gohlis kommender Motorwagen mit Rückwärtsgang fuhr auf einen von Thonberg nach Lindenau verkehrenden Motorwagen mit solcher Gewalt auf, daß letzterer aus dem Gleise gedrängt wurde. Der Materialschaden an beiden Wagen ist nicht unbedeutend. Menschen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

Ertrunken. Gestern nachmittag stürzte an der Schleusenbrücke ein 4-jähriger Knabe beim Spielen in die Elster und ertrank. Sein Leichnam wurde bald danach aufgefunden.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Was die Polizei in Sachsen alles verbietet. Auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag des 22. Reichstagwahlkreises in Zwickau kam auch eine Verfügung der Amtshauptmannschaft Zwickau zur Kenntnis der Parteigenossen, nach der das Ausbringen von Hochrufen auf die Sozialdemokratie oder sozialrevolutionäre Verbände und das Abstimmen revolutionärer Bieder während und nach Schluss der Versammlung verboten ist und Zu widerhandelnde mit einer Ordnungssstrafe bis zur Höhe von 150 Mk. oder 14 Tagen Haft bestraft werden sollen. Schneidig!

Zu den Reichstagwahlen. Wie die Deutsche Tageszeitung meldet, haben im 4. sächsischen Kreise (Dresden rechts der Elbe), den jetzt der antisemitische Abg. Clemm vertritt, die Vertretermänner des Bundes der Landwirte sich für den Kandidaten der konservativen Partei, Hönerbach, erklärt.

Dresden, 5. Mai. Eine Versammlung des sächsischen Gartenbauverbandes beschloß hier, bei der Reichsregierung für die Einführung eines hohen Schutzzolles auf alle ausländischen gärtnerischen Erzeugnisse vorstellig zu werden. Man will mit dem Zoll namentlich die Einfuhr von italienischen und französischen Blumen treffen. Aus der Versammlung, der auch ein Vertreter der sächsischen Regierung beiwohnte, wurde aber bereits darauf hingewiesen, daß jene ausländischen Blumen heute in Deutschland nicht mehr zu entbehren seien.

Gestern nachmittag gegen 4½ Uhr wurden die Einwohner Löbau durch eine furchtbare Explosion in Angst und Schrecken versetzt. In der Gummidrahtfabrik von W. Warwitz war ein etwa 15—16 Jahre alter Bursche mit Abfällen von Benzini aus groben eisernen Ballons beschäftigt. Dabei muß der unvorsichtige, oder nicht genügend mit der Feuergefährlichkeit vertraute junge Mensch dem Benzini mit Licht zu nahe gekommen sein, denn plötzlich brannte das Benzini und mit furchtbarem Krach explodierte der Ballon. Aber es blieb nicht bei dem einen: in kurzen Zwischenpausen entluden weitere Schläge, ein Ballon nach dem anderen explodierte, die Stücke, die mit großer Gewalt auseinanderflogen, rissen das Dach und Mauerwerk mit sich. In einem Moment glich die ganze Fabrik einem turmhohen Feuerherde. Die Feuerwehren von Dresden, Löbau etc. löschten das Feuer in kurzer Zeit. Menschen sollen nicht verunglückt sein. Doch dürfte der entstandene Schaden ein ganz bedeutender sein, da die Fabrik zum großen Teil ausgebrannt ist. Der Bursche, der das Unglück verschuldet, ist spurlos verschwunden.

Zwickau, 6. Mai. Herr Oberbürgermeister Dr. Streit ist mit dem 30. April von seinem Amt zurückgetreten. Er erhält, wie schon einmal berichtet, sein volles Gehalt — 12000 Mark — als Pension. Zu Ehren Streits wird auch die bisherige Gartenstraße Volmar Streit-Straße benannt.

Bartha, 6. Mai. Zu den besten Kunden der hiesigen Filzfabriken gehören die Konsumvereine. Nachdem eine aus Arbeitern der Filzfabriken bestehende Kommission eine gewissenhafte und durem für die Fabrikbesitzer sehr ungünstig ausfallende Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bekannt gegeben hatte, nahmen mehrere von Arbeitern geleistete Konsumvereine Umland, den Filzfabriken noch weitere Aufträge zu erteilen. Statt daß alle bedrückten Arbeiter diesen Umstand für sich ausnutzen zur Erzielung einer Besserung ihrer Lage, ließen sie sich von den Fabrikbesitzern dazu missbrauchen, das Vorhandensein der überaus ungünstigen Zustände zu leugnen. Die Verbandsleitung der Deutschen Filz- und Filzwarenarbeiter nimmt deshalb Veranlassung, nochmals die volle Richtigkeit des von der Kommission gegebenen Bildes zu versichern und die Konsumvereine zu ersuchen, bei Erteilung von Aufträgen an die Fabriken dieses Umstandes eingedenkt zu sein.

Hallenstein, 5. Mai. Genosse Klinzel, der Redakteur des Vogtländischen Volkszeitung, der schon lange krank ist, liegt seit einigen Tagen an einem Lungenerleiden schwerkrank dahier.

kleine Mitteilungen aus dem Lande. Die Amtshauptmannschaft Löbau hält wegen der vor einiger Zeit in Neugersdorf vorgetretenen Erkrankungen an der Erkältung neuerdings bei den an der böhmischen Grenze gelegenen Gemeinden Umfrage, ob und welche Maßnahmen zur Abwendung der Wiederkehr derartiger Fälle zu treffen sind. — Zur Zeit gründet sich in Blauen eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 350000 Mk. zur Übernahme der Düngerabfuhr. Obgleich in dieser Hinsicht trostlose Zustände bis jetzt herrschen, hat doch der Stadtgemeinderat die Übernahme der Abfuhr in eigene Regie abgelehnt, was die Freisinnigen verschuldeten. — Recht verheerend ist am Dienstag das erste Gewitter im Vogtland aufgetreten. In Medelsgrün wurden zwei dem Rittergutsbesitzer Ulrich gehörige Pferde durch den Blitz getötet. Im Mühlroß war das Gewitter von einem heftigen Hagelwetter begleitet. Der Erdboden war ellen hoch mit Schloßern bedeckt. Ein Bild greulicher Verwüstung boten Felder und Wiesen. Große Wassermassen strömten von Langenbach in den zu beiden Seiten der Langenbacher Chaussee sich darinziehenden Gräben und im Langenbacher Bach herein. Das Wasser trat über die Ränder der Gräben und über die Ufer des Bachs und überschwemmte Ställe und andere Räume der Häuser, an denen sich die Fluten staute. Die Bewohner mussten die Wohnräume räumen. Gerlinger Schaden hat das Hagelwetter in Pauna angerichtet. Die Fabriken mussten geschlossen werden. In Neukirch und in anderen Ortschaften haben besonders die Bäume unter dem Hagelwetter gelitten.

Soziale Rundschau.

Die Zimmerleute in Zwickau beschlossen in gut besuchter Versammlung, nächsten Sonnabend die Arbeit niederzulegen. Die Antwort der Zimmerleute Bautz, die elfstündige Arbeitszeit auf alle Fälle aufrecht zu erhalten und die bisher gezahlten Stundenlöhne in Höhe von 35 Pf. beizubehalten, rief allgemeine Entzückung hervor, denn in Wahrheit sind 35 Pf. der Höchstlohn, der gezahlt wird. Die Gesellen fordern zehnstündige Arbeitszeit und 40 Pf. Stundenlohn. Die Maurer schließen sich jedenfalls der Streitbewegung an.

In Schwerin ist der Streik der Maler und Weissbinden zu Gunsten der Arbeiter beigelegt.

In der Metallwarenfabrik von Orla Steinhausen in Löbau wurden die dort beschäftigten 6 Metallschleifer ausgesetzt. Der Grund hierzu waren Lohndifferenzen.

In der Schuhfabrik von Heidenreich in Ilversgehofen sind Lohndifferenzen ausgebrochen.

London, 6. Mai. Die Delegationen der Grubenbesitzer von Wales haben gestern den Streikenden eine Lohnhöhung von 5 Prozent angeboten, die jedoch abgelehnt wurde. Der von der Kohlenindustrie erlittene Schaden beläuft sich auf nahezu 20 Mill.

Die Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie meldet aus London: Nach Berichten aus Kalkutta (Indien) ist dort infolge der Pest ein großer Streik in der Zutesfabrikation ausgebrochen. Die meisten Fabriken haben den Betrieb eingestellt. Es herrscht große Erregung. Die Preise steigen.

Lehre Nachrichten.

Die Thronrede

zum Schlusse der Reichstagsession.

Wolfs Telegrafen-Bureau meldet:

Berlin, 6. Mai. Der Kaiser schloss den Reichstag heute vormittag 10 Uhr mit folgender Thronrede:

„Geehrte Herren! Die erste Legislaturperiode des Reichstages, die den vollen fünfjährigen Zeitraum umfaßt hat, liegt hinter Ihnen. Dieselbe ist fruchtbar gewesen an gesetzgeberischen Erfolgen, die zur Macht und Wohlfahrt des Vaterlandes dauernd beitragen werden. Ihrer beharrlichen, unerschöpflichen Arbeit ist es gelungen, das große Werk des gemeinsamen bürgerlichen Rechtes vor dem Ende der Legislaturperiode zum Abschluß zu bringen. Damit ist durch vereinte Thätigkeit der verbündeten Regierungen und des Reichstages dem deutschen Volke ein kostbarer Preis gewonnen, der ihm im Laufe einer tausendjährigen Geschichte noch niemals vergönnt war. Das neue gemeinsame Recht wird ein neues starkes Band um die deutschen Stämme schlingen. Eine einheitliche Rechtsordnung ist auch für das militärgerechtliche Verfahren geschaffen, nachdem Sie einer den Anforderungen sowohl des heutigen Rechtsbewußtseins wie der Manneszucht entsprechende Vorlage Ihre Zustimmung erteilt haben.“

Um die erste Aufgabe, Verteilung des europäischen Friedens zu sein, wirksam zu erfüllen, bedurfte Deutschland der Verstärkung seines Landheeres, die durch Ausbildung seiner steigenden Wehrkraft gewonnen werden konnte. Durch Bewilligung der dazu nötigen Mittel hat der Reichstag sich ein bleibendes Verdienst um die friedliche Sicherheit des Reiches erworben. Mit hoher Bewaffnung erfüllt es mich, daß ich unter Ihrer patriotischen Mitwirkung erreichen konnte, unser Stolte auf eine feste und dauernde gesetzliche Grundlage zu stellen. Indem der Reichstag die Bedeutung des Zollengesetzes für unsere wirtschaftliche Entwicklung und für die Stärkung unserer maritimen Wehrkraft anerkannte, hat er die Hand zu einem Werke geboten, welches die dankbare Würdigung kommender Geschlechter finden wird.“

Die Finanzlage des Reiches hat in der verflossenen Legislaturperiode, dem Ausschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse entsprechend, eine besonders günstige Entwicklung genommen. Das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich hat zwar die von den verbündeten Regierungen angestrebte organische Regelung bisher nicht gefunden, wohl aber ist es mit einer auf die Reichsstempelabgaben beschrankt gebliebenen Steuererhöhung gelungen, die Matrikularbeiträge für die letzten Jahre beträchtlich in den Grenzen der den Einzelstaaten zu gute kommenden Steuerüberweisungen zu halten.

Daneben sind noch zur Tilgung der Reichsschuld belangreiche Beträge aus Überschüssen bereit gestellt. Auf dem Gebiete des Post- und Telegraphenwesens ist durch Ihre Zustimmung zu den neuen Washingtoner Weltpostverträgen eine Reihe wesentlicher Erleichterungen für den internationalen und den inneren Verkehr geöffnet, ferner durch die Bewilligung erheblicher Wehrmittel eine namhafte Verbesserung der Telegraphen- und Fernsprechanstalten, mit besonderer Berücksichtigung der kleineren Dörfer und des flachen Landes, ermöglicht worden.

Stötteritz.

Sonnabend den 7. Mai 1898 abends 9 Uhr
Volks-Versammlung
 in der Festhalle zu Stötteritz.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. 2. Wahl eines örtlichen Wahlkomitees.
 3. Diskussion. [4885]

Sonnabend den 7. Mai abends 1/2 Uhr

Gr. Volksversammlung

im Gasthof Neureudnitz
 Stötteritzer Strasse.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Wahl eines örtlichen Wahlkomitees. 2. Diskussion.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet [4400] Der Einberufer.

Großschocher-Windorf.

Sonnabend den 7. Mai abends 1/2 Uhr

Öffentliche

Einwohner-Versammlung

im Trompeter.

Tagesordnung: 1. Warum wählen wir? Referat: Reichstagsabgeordneter Fr. Geyer aus Leipzig. 2. Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen. 3. Diskussion [4878] D. G.

Liebertwolkwitz.

Morgen Sonnabend den 7. Mai abends 1/2 Uhr

Große

Volks-Versammlung

im Gasthof zum schwarzen Ross.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Genosse Karl Pinkau. 2. Wahl eines Wahlkomitees. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet [4892] Der Einberufer.

Liebertwolkwitz.

Achtung, Bauhandarbeiter

Sonntag den 8. Mai nachmittags 1/2 Uhr

Versammlung im Schwarzen Ross.

Tagesordnung: 1. Unsere wirtschaftliche Lage. 2. Stellung zum Verband. 3. Gewerkschaftliches. Referent: Kollege Backhoff, Leipzig. [4414] Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Grosses Frühlings-Fest

veranstaltet von dem Arbeiterverein Leipzig, unter Mitwirkung von 320 Sängern und 50 Sängerinnen sowie der Kapelle des Herrn Barth.

Gesangs-Programm.

I. Teil:

- Der Menschheit Erwachen. Gesamchor Uthmann.
- a) Die Dorfmusikanten. Männerchor W. Dugge.
- b) Aufmarsch. Männerchor H. Buhr.
- Chorgesang der Wiener Studenten-Legion von 1848. Männerchor H. Litsolf.
- Grüsse an die Heimat. Männerchor R. Kromer.
- Nebesk Jahr, mein Schatz. Männerchor Frank von der Stuken.
- Auf den Flügeln des Gesanges. Gemischter Chor Hermann Wehr.
- An die Geduld. Männerchor Joseph Scheu.

(15 Minuten Pause.)

II. Teil:

- An die Märschgesellen. Gesamchor mit Orchester Joseph Scheu.
- Schiffersong. Duett für Sopran und Alt Hilden.
- Morgenruf. Männerchor Uthmann.
- Nachtigall und Rose. Gemischter Chor Karl Lehner.
- Nachtzauber. Männerchor Storch.
- a) Abendfeier. Männerchor Uttenhofer.
- b) Morgen im Walde. Männerchor Heyer.

Musik-Programm.

I. Teil:

- Frisch auf. Marsch Herrmann.
- Ouverture zu "Die Amazone" Siebold.
- Frühlings-Erwachen. Romanze Bach.
- Chak-Walzer Strauß.

II. Teil:

- Ouverture z. Op. "Das Glöckchen des Eremiten" Maillart.
- Hand in Hand. Polka für 2 Trompeten Curti.
- Chor und Miserere a. b. Op. "Der Troubadour" Berdi.
- Darf ich bitten? Quadrille Sievert.

III. Teil:

- Ouverture z. Op. "Fra Diavolo" Aubert.
- Paraphrase über das Lied "Wie schön bist Du" Nagyabda.
- Zändeli. Tyrolienne Herfurth.
- Leipziger Auerlei. Polpourri Kersten.

Rote Karten berechtigen zum Eintreten. Nur Rote Karten berechtigen zum Eintreten. Am Eingang werden solche nicht verausgabt. [4897]

Freie Turnerschaft Leutzsch.

Sonntag den 8. Mai

Grosses Frühjahrs-Fest

bestehend in turnerischen Aufführungen und Ball im Gasthof zu Leutzsch.

Freunde und Förderer der Turnerschaft sind herzlich willkommen.

[4411]

Schirmsfabrik

Paul Kleemann
 Gerberstr. 14
 und
 Tauchner Str. 16.
 Unreines Lager nur selbst fabrizierter Herren- u. Damenschirme, Spazierstöcke, Beutze und Reparaturen schnell und billig.

Naethers

Reform-Kinderwagen	Mit. 14.—
Wagendekken	" 0.50
Matratzen	" 0.50
Sitzwagen	" 2.50
Einsitzer starker Wagen	" 7.50
Sportwagen	" 8.—
Unbeglebte Kinderstühle	" 4.50
Einfache Kinderstühle	" 0.45
Triumph-Stühle	" 2.50

Georg Popp

Hauptlager

Panorama, Rossmarkt

neben der Markthalle.

Specialität.

Große Fleischergasse 5.
 Kurprinzstr. 4.



Jeder Hut

2 Mk. 80 Pf.

H. Heinze

Hutfabrik.

Geogr. 1867.

Braut-Ausstattungen

Komplette
 Küchen-Einrichtungen
 in jeder Preisslage.

F. Heinemann
 Wirtschafts-Magazin
 Zeitzer Strasse 2.

Im Ein- und Verkaufs-Geschäft
 von L. M. Goldner kann jeder Arbeiter billig einkaufen: neue und getragene Kleidung, Hosentasche, Taschen, Gürtel, Schuhe, Holz- u. Handarbeiter, edle goldene Ringe und guitwendige Uhren von 4 Mark an. [4020]

45 Sternwartenstrasse 45.

Kaufen Sie kleine!

Accord- o. Schlag-Zither, Mund-, Blas- oder Blech-Harmontika, o. sonst ein Musikinstrument, ehe Sie sich v. d. Güte u. Preiswürdigkeit der v. mir geführten überzeugen. 10% Extra-Rabatt gew. Ich den Verkauf dieser Zeitung. Max Vormeyer, Münzgasse 10.

Ber ein solides Fahrrad

billig kaufen, oder tageweise leihen will, gehe nach der Fahrradhandlung von

Emil Keiselt

Poniatowskystrasse 3.

Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate.

Strassburger

Hutbazar

Grimmaischer Steinweg 15
 Windmühlenstrasse 24
 Peterssteinweg 3.

Größtes Lager

in

Hüten, Mützen, Schirmen.

Strohhüte.

Windmühlenstrasse 24, Ecke Windmühlenstr.

Billig! Billig!

25 Kinder-

wagen

sind einzeln mit 5 Mk. Anzahlung und wöchentlich 1 Mk. Abzahlung abzugeben. [2119]

S. Osswald, Königsplatz 7, I.
 gegenüber der Markthalle.

Den geehrten Genossen von Volkmarßdorf und dem Personal der Leipziger Volkszeitung, sowie allen Freunden und Bekannten, welche unserer lieben Mutter während ihrer Krankheit bestanden geleistet haben und beim Begräbnis für den gespendeten Blumenstrauß nochmals herzlichsten Dank.

2.-Volkmarßdorf, den 6. Mai 1898.

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

[4408]

Die trauernden Hinterlassenen

Gebrüder Müller.

[4409]

Zahn-Atelier

v. Arthur Stolper.

Umfertigung v. Zahnen, Plomben u. s. m.
 Grimmaischer Steinweg 4, II.

Frauenkrankheiten

beobl. nach Thuro-Brand'scher Methode
 (Schwedische Massage) mit sicherem Erfolge
 R. Neugebauer, geb., s. nicht
 Grimmaischer Str. 21, II. 9-2, 8, Sonnt. 10-1.

Wohnungsanzeigen.

Gesellschaftszimmer (sehr hoch) mit
 Planino, für Gesangverein etc.
 Moltefestr. 5, an der Pleiße.

Möbl. Zimmer und 2 Schlafstellen,
 Moltefestr. 5, part.

Schlafstelle für Herrn,
 Mittelstraße 18, Bördell. III.

Fedl. möbl. Stube f. 1 o. 2 Herren zu verm.
 Anger, Sünder Straße 18, p. 1.

Einf. möbl. Stube a, Schlafstelle an Herrn
 zu vermiet. Neustadt, Ulrichstraße 26, II. L.

Schlafstelle für Herrn,

Plagwitz, Karl-Heine-Straße 88, p. 1.

Vermischte Anzeigen.

Puppenwagen gefunden. Abzuholen
 Lindenau, Georgstraße 40, II. rechts.

Die in Bezug auf Herrn H. Förster
 gehante Neuk. nehme ich hierd. zurück.
 Leipzig-N., 8. Mai 98. J. Potots.

Die von mir bez. des Hrn. Odriech u.
 Fr. B. aufgegr. Vermutung nehme ich
 zurück, da sie nicht der Wahrheit entspr.
 L. Kleinjocher. Helm. Abe.

Wer sieht Familienv. 20 A. off. erbt.
 u. G. M. 12 Hauptpostlagernd.

Tischlergesellen

auf Dienstmöbel, auf Wohn u. sohlen
 den Accord gesucht. Diese wird nach
 6 Wochen veräußert. [4345]

Mantz & Gerstenberger

Frankfurt a. O.

Agenten

welche Privatkunden besuchen, gegen
 hohe Provision für sechsmal prämierter
 neuartige Solzroute, u. Zaloufien
 gesucht. Offeren mit Referenzen an
 C. Klemt, Fal.-Fabr. in Wünsch-
 burg i. Sgl. Etabliert 1878. [3781]

Tüch. Rosschneider sucht

Ernst Apel, Grimmaischer Str. 32.

Gießerei. Fern. Hofam. Arbeiterv. sucht

Baumbach u. Ohnförge, Nikolaistr. 20, I.

Welt. Frauens. z. Kind. u. fl. Wirtsch.

gesucht Neubrix, Wurzenstr. 8, IV. 18.

J. Mödl. v. Lande z. 15. Mai o. 1. Juni

ges. N. Plagw., Weinhofstr. 85,

2. Beilage zu Nr. 103 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, den 6. Mai 1898.

Reichstag.

84. Sitzung. Donnerstag, 5. Mai, 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Frhr. v. Thielmann, Niederölding.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der
Novelle zur Civilprozeßordnung, zum Gerichtsverfassungsgesetz und
zur Strafprozeßordnung.

Abg. Dr. Witt (Centr.) erklärt, daß er im wesentlichen der
Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt zustimmen könne.

Abg. Stadhagen (Soz.): Der Gesetzentwurf ist, soweit rein
formelle Punkte in Betracht kommen, die notwendige Ergänzung
des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die wenigen Besserungen sind
wesentlich auf Anregungen von sozialdemokratischer Seite zurückzuführen. Dafür gehört das Gebiet der Zwangsvollstreckungen.
Es wäre aber notwendig gewesen, daß auch diesenjenigen Beliebungss-
und Nahrungsmittel dem Schuldner belassen würden, die er auf
vier Wochen gebraucht und ebenso ein Geldbetrag, um auf zwei
Wochen das Unentbehrliche anzuschaffen. Was ist nun unent-
behrlich? Das Geschaffene genügt da nicht. Noch immer sind
Künsteleien, wie z. B., daß der Trauring unter Umständen doch
pfändbar sein soll, nicht ausgeschlossen. Wie steht es denn nach
dem Gesetzentwurf? Wird künftig der Trauring der Witwe
und der Verlobungsring der Braut pfändbar sein? Ich möchte
die Frage verneinen, bin aber keineswegs sicher, daß die Fassung
noch klar genug ist, um andere Auslegungen auszuschließen. Der
§ 716a glebt in dem verunsicherten Gebannten Raum; wenn beim
Verkauf des Schadens, der dem Schuldner zugefügt wird, und der
Vorteil, den der Gläubiger erlangt, in seinem Verhältnis steht,
dann soll er unterbleiben dürfen. Wer soll aber darüber ent-
scheiden? Der Gerichtsvollzieher. Da wird der beschränkte Burea-
ratismus zu wunderbaren Ergebnissen kommen, zumal wenn die
hepatische eines unbarmherzigen Gläubigers ihn antreibt. Wir
haben zwei Wege zur Vermeidung dieser Unbehändigkeit vorgeschlagen.
Einer hätte man fäustig bestimmen sollen, so und so viel An-
züge, so und so viel Paar Stiefel sind unpfändbar, oder man hätte
dem Belpflicht eines amerikanischen Staates folgen müssen, in dem
festgelegt ist, daß ein Beitrag von 600—1000 Dollars dem Schuldner
gelassen werden müsse. Leider sind beide Vorschläge abgelehnt.
Hervorheben will ich, daß die Kommission einer unserer Anregungen
in dankenswerter Weise sofort gefolgt ist, daß man nämlich der
persönlichen Freiheit nicht die Schranken durch die Zwangsvoll-
stredung ziehen kann, die das geltende Gesetz zieht. Nach dem
geltenden Gesetz kann ja sogar zwecks Herstellung des hellischen
Lebens die Zwangshaft angewendet werden, wenigstens in Sachsen,
und es geht so weit, daß nach Ansicht einiger Gerichte auch die
host angewendet werden kann, um einen Arbeiter zu zwingen, in
das Arbeitsverhältnis zurückzukehren. Für die Arbeiterklasse thut
der Gesetzentwurf jedoch viel zu wenig. Die Erhöhung der Re-
visionssumme auf 8000 Mark haben Sie zwar abgelehnt, aber die
Beschränkung der Zulässigkeit irgend eines Rechtsweges auf einen
Betrag ist überhaupt etwas kapitalistisches, den wir nicht zustimmen
können. Das Einmündungsversfahren bleibt mit all seinen
Mängeln bestehen und eröffnet weiter die Möglichkeit, daß geistig
Gesunde in Irrenanstalten untergebracht resp. zu Unrecht ent-
mündigt werden. Auch nach der geänderten Civilprozeßordnung
gleicht das Klageverfahren einem funstvollen Uhrwerk, von dem der
Vorwurf nichts versteht. Sie haben sogar unsern bescheidenen Antrag
abgelehnt, daß die Berufungsgerichte eines Urteils der Gewerbe-
gerichte mit Voten besichtigen. Der Vorwurf wird den Rechtsstreit
für ein vollkommenes Glücksspiel halten, in dem die Gewinnchance
für die Reichen vermehrt ist. Nun mehr Leute werben zu der
Einsicht kommen, daß heute im Civilprozeß recht haben und recht
erhalten für die Arbeiterklasse zwei ganz verschiedene Dinge sind.
Ich werde demnach gegen den Entwurf stimmen. (Bravo! bei den
Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Generaldiskussion.

Auf Antrag des Abg. v. Enns (nat.-lib.) wird das Gesetz
zu bloß angenommen. Nur die Sozialdemokraten stimmen dagegen.

Es folgt die Beratung der Interpellation Auer n. Gen. (Soz.):
Bedrohten die verbündeten Regierungen angehoben der
ungeüblich hohen Getreidepreise eine zeitweilige Aufhebung der
Getreidebörsen herbeizuführen?

Zur Begründung der Interpellation erhält, nachdem Schaf-
selkretär Frhr. v. Thielmann sich zur Beantwortung bereit er-
klärt hat, das Wort

Abg. Schippel (Soz.): Ich schicke voraus, daß wir weniger
auf den Vorwurf unserer Anfrage Wert legen. Wenn die Regie-
rung uns andere Maßnahmen als die zeitweile Aufhebung der Ge-
treidebörsen vorbringen könnte, so würden wir auch darüber mit uns
reden lassen. Wir haben es nur für unsere Pflicht als Volksver-
treter gehalten, die augenblicklich maßlose Getreidesteuerung und die
damit natürlich zusammenhängende Brotversteuerung auch hier im
Reichstag zur Sprache zu bringen.

Die Thatsachen, auf denen unsere Interpellation beruht, sind
ja allgemein bekannt. Ich brauche sie nur kurz zusammenzufassen.
Wir haben bereits seit längerer Zeit ein Anziehen der Getreide-
preise, seit Beginn der vorigen Ernte ein ziemlich rasches Anziehen
der Getreidepreise gehabt, bis zum Schluss des Jahres 1897 von
vielleicht 30 bis 45 Ml. Wir haben aber in den letzten Wochen
unter dem Eindruck des spanisch-amerikanischen Krieges ein rapides
Emporschneiden der Preise: Mitte April hatten wir Weizenpreise
von 215 Ml., heute von 234 bis 240 Ml. Wir hatten Mitte April
Roggenpreise von 155 Ml., heute von 170 und mehr Ml. Was
das bedeuten will, erscheint aus einem Vergleich mit den Preis-
standen vor einem Jahre, wo dieser 158 Ml. resp. 118 Ml. war —
also seit einem Jahre eine Preissteigerung bei Weizen von 49 Proz.,
bei Roggen von 44 Proz. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Preissteigerung wird, glaube ich, keine vorübergehende
sein. Sie wird zum mindesten anhalten bis zur nächsten Ernte,
ihren Ergebnis heute noch nicht vorauszusehen ist. Die letzte Ernte
in Europa war eine mittlere, in einzelnen Ländern sogar eine
schlechte. Auch die Länder, auf deren Befürchtungen wir angewiesen sind,
werden uns nicht in dem Maße versorgen können, wie man erst
glaubte. Das hat die für uns verfügbare Befürchtung aus Argentinien
gezeigt. Die indische Ernte ist bedeutend schlechter, als man glaubte,
und das die amerikanische Ernte uns nicht in dem Maße zusätzlichen
wird und kann, haben die letzten Wochen gezeigt. Nun hat man
gesagt, daß wird vorübergehend sein. Die Preise sind in die Höhe
geschossen, weil man die Kaperei und Blockade im cubanischen
Kriege fürchtete, und man glaubte, die Befürchtung würde schwächer werden,
als sie tatsächlich geworden ist und im Verlauf des Krieges
werden wird. Aber wenn das richtig wäre, dann müßten wir ja
gerade in Amerika einen Lieftand haben. Wenn dort ein über-
füllter Markt gewesen wäre, der nicht hätte entlastet werden können,
wenn man nicht ausführen konnte, so hätten die Preise um soviel
sinken müssen. Aber gerade von Amerika aus hat ja die Preis-
steigerung angefangen. Nun, Amerika hat wohl auch niemals die
Kaperei und Blockade zu fürchten gehabt. Der Hauptmarktplatz
für Getreide liegt an den Seen, von diesen aus kann man leicht in
die Küste hinein und auf ihnen nach Kanada, auf die kanadischen
Flüsse. Von dort gehen neutrale Schiffe.

Überall sehn wir die Preise ganz maßlos ansteigen. Wir
haben in England Preise von 50 Schilling für den Quartal. In
England ist niemals eine so tiefe Entleerung aller Lager zu be-
merken gewesen wie jetzt. Aus Russland wird uns berichtet, daß
in den Exportlagern höchstens die Hälfte von Massen an ausfuhr-
fähigem Getreide vorhanden ist, die sonst in normalen Zeiten um
diese Periode noch daliegen. Sehr hohe Preissteigerungen haben wir
keines! Das meine ich auch. Die Landwirte haben gute Preise

überall gehabt, in Belgien, Holland, im ganzen Reich, namentlich
in Südböhmen; aber auch im übrigen Deutschland haben wir
noch in den letzten Tagen ein Anziehen der Preise gehabt, und es
ist keine Aussicht, daß sie rasch heruntergehen.

Den Ernst dieser Lage wird niemand verleugnen; sie hat sich
derartig zuge spielt, daß es in einzelnen Ländern bereit ist zu Revolten
und Blutvergießen gekommen ist. Spanien hat seine Bölle suspen-
diert, Italien hat sie erst ermäßigt, dann aber unter der Aufrührung
der Massen sich genötigt gesehen, sie zu suspendieren. Sie wissen,
es sind in Italien in verschiedenen Städten, in Pavia z. B., Getreide-
häuser niedergebrannt, das Militär ist eingeschritten, man hat
Kanonen auf die Plätze auffahren lassen, man hat die erste Klasse
der Reserve einberufen müssen und hat doch endlich sich genötigt
gesehen, die Bölle aufzuheben. In Frankreich ist selbstverständlich
die Aufrührung unter der Wahlbewegung bis zur Siegeszeit ent-
flammt. Herr Méline, der sich auf die Bauern stützt, der Abgeord-
nete unserer Agrarier, hat so lange es irgend ging, seine Bauern bei
Wahlkämpfen zu erhalten gesucht. Aber in den letzten Tagen hat auch
das Ministerium Moléne die Bölle suspendieren müssen und zwar
bis nach den Wahlen, bis zum 1. Juli. In Österreich und in
anderen Ländern haben wir Interpellationen, Resolutionen gehabt,
die auf das gleiche hinauslaufen.

Kommen wir nun zu unseren deutschen Verhältnissen, so ist
ohne weiteres zuzugeben, daß bei uns die Preise langsamer, zögern-
der bei den Preisen auf dem Weltmarkt folgt sind. Das liegt einmal
an den Böllerverhältnissen, das liegt an der Verstörung der Produktions-
börsen, und daran, daß unsere Hauptobodenrechte der Roggen, nicht
der Weizen ist; und dieser ist nicht so international. Trotzdem hat
man bei uns auch schon Teuerungs- und Notstandspreise. (Sehr richtig!)

In Berlin wurde schon in der vorigen Woche die Tonnen Weizen
mit 244—249 Ml. bezahlt und die Tonnen Roggen mit 170 Ml.
Das geht beim Weizen über den Durchschnittspreis der beiden Not-
standsjahre 1891 und 1892 hinaus. Damals stand der Weizen
224,20 Ml., und auch der jährl. Roggenpreis kommt dem Notstands-
durchschnitt von 1892 fast gleich. Bedenken Sie auch, welche Stellung
damals die Agrarier zu diesen Preisen eingenommen haben, vor
allem Graf Capri. Er war damals bereit, bis zur Errichtung eines
nie niedrigeren Preissniveaus die Bölle in Deutschland zu suspen-
dieren (Hört, hört!) und die Mehrheit entschloß sich, durch die
Handelsverträge die Bölle auf 10, 12 Jahre zu ermäßigen. Heute
ist die Sache eher schlimmer als damals. Damals konnte Graf
Capri noch auf die reichlichen Lager hinausweisen, die bei uns vor-
handen waren und auch im Auslande. Wo sind sie heute? Ich
lese in den Zeitungen, daß die Regierung gestern noch alle Böller
telegraphisch um Auskunft über die vorhandenen Bestände
gebeten hat. Wir werden ja wohl nachher die Böller erfahren.
Ich bin überzeugt, sie werden nicht zu vergleichen sein mit den
Böller von 1891/92. Die Regierung hat sich damals nicht von den
Agrarier zur Suspensionsierung der Bölle drängen lassen, wofür da-
mals eine Mehrheit im Parlamente vorhanden gewesen wäre; sie
wollte für die Verhandlungen über die Handelsverträge sich das
Kompressionsobjekt nicht entgehen lassen; das sind alles Verhält-
nisse, die heute nicht mehr vorliegen. Sollte man da heute nicht
suspendieren können?

Doch es sich um Teuerungspreise handelt, geben selbst die
Bäckermeister zu. Der Oberinnungsmeister, der konserватiv
kandidat, der Mittelstandskandidat, der von den Agrarier unter-
stützt wird, spricht bereits in den Zeitungen darüber, daß die
Teuerungspreise die Bäcker schwer schädigen; daß die Bäcker ihr
Brot, wenn die Preise auf das Doppelte hinausgehen, nicht halb so
groß machen können, daß die Brote kleiner gemacht werden müssen,
daß alle Zigaretten und Nabatte aufgehoben werden müssen. Auch
hier verlegen sich also schon die Bäckermeister über die Teuerungs-
preise und sprechen ganz offen von einem Notstandspreis; und selbst
die Agrarier müssen zugeben, daß wir heute Preise haben, die sie
selbst für enorm ansiehen, Preise, die zum Teil höher sind, als der
Antrag Kaniz seiner Zeit verlangte; und der Antrag Kaniz war
doch auch keine Ausgeburt von Bescheidenheit. (Herrlichkeit!)

Der Graf Capri hat damals gesagt, daß der Antrag Kaniz
Preise verlange, die um 75 und 80 Ml. höher waren, als der
Verband der Centralvereine ostdeutscher Landwirte selbst als ge-
nugende Produktionslosen bezeichnet. Jedermann spottete damals
Graf Capri über die Böller. Was sagt die Regierung zu den
heutigen Böller, die wesentlich höher sind? Und die Regierung
kann sich nicht darauf berufen, wie in einem Freihandelsland, daß
sie absolut ohnmächtig dem gegenüberstehe. Nein, die Regierung
hat die Mittel in der Hand, diese Preisteuerung wesentlich zu
mildern.

Wir haben einmal einen Boll von 85 Ml. Seine Beseitigung
wäre eine ganz wesentliche Preisiminderung für unsere Brotkunst
in Deutschland. Noch andere Dinge kommen dazu, die ich mir
strecken will. Da ist z. B. die Aufhebung des Identitätsnachweises
für Getreide. Vor einigen Tagen ist uns das legitime grüne Heft der
Reichsstatistik zugegangen: von Januar bis Ende März d. J. haben
wir an Roggen 1,37 Mill. Doppelcentner eingeführt und 326.200
Doppelcentner ausgeführt. (Hört, hört!) Das ist fast ein Viertel
so viel Ausfuhr für Deutschland wie Einfuhr. Weizen haben wir
2,45 Mill. Doppelcentner eingeführt und 1,09 Mill. Doppelcentner
in einem Vierteljahr ausgeführt. (Hört, hört!) Das ist fast die
Hälfte des Weizens, den wir eingeführt haben. Was hat das für
Konsequenzen? Wir haben zweitens unsere Lager in den letzten
Monaten ganz kolossal entleert. Suspensionsieren wir jetzt den Boll,
so hat die Reichskasse den Verlust von einer enormen Ausfuhr und
auf der anderen Seite trifft sie der Verlust von einer abnormal
gestiegerten Einfuhr. Deshalb hat es die Regierung heute als Finanz-
verwaltung auch schwer, die Maßregeln zu ergreifen, die im Interesse
des Volkes ergreifen werden müssen.

Was bedeutet nun für die arbeitenden Klassen der jetzige
Getreidezoll? Nach statistischen Durchschnittsberechnungen rechnet
man bei uns auf ein Jahr 178,7 Kilogramm Brot- und Mehls-
verkauf; das macht also für eine Familie von Mann, Frau und
3 Kindern 868,5 Kilogramm Brot- und Mehlsverbrauch, und das
sind bei 85 Ml. Boll jährlich 30 Mark 40 Pf. die der Arbeiter
da nicht auf dem Altar des Vaterlandes, sondern auf dem Altar
des Großgrundbesitzes opfert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)
30 Mark 40 Pf. sind für eine Arbeiterfamilie bei 2 Ml. Tagelohn
15 Arbeitstage, die der Arbeiter heute umsonst für den Grund-
besitz arbeiten muß! Meine Herren! Vergessen Sie nicht, daß Sie
sich bei den Wahlen auf die Wähler stützen müssen; es sind nicht
bloß die Arbeiter die armen Konsumanten, sondern auch die Hundert-
tausende von Unterbeamten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)
Welch schämlicher Gehälter beziehen unsere Unterbeamten!
Im vorigen Jahr haben wir die Gehälter der Bahnwärter um
75 Ml. durchschnittlich erhöht. Damals hatten wir Getreidepreise
von 115 Ml. Vergleichen Sie damit die heutigen Getreidepreise.
Mit einem Schwung und einem Strich haben Sie die die ganze
Gehaltserhöhung wieder weggewischt! Ein reelles Geschäft ist das
nicht! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Sie rechnen weiter mit dem kleinen Mittelstand. Besonders
die Agrarier zählen auf seine Stimmen. Nun, dieser Mittel-
stand ringt mit seiner Existenz; wir haben seine durchbare Not
niemals verheißen. Wenn Sie auf der Rechten für den Mittelstand
etwas thun wollen, jetzt können Sie es beweisen. Suspensionsieren
Sie die Getreidezölle! Sie erweitern dann den Mittelstand eine
viel, viel größere Wohlthat, als wenn Sie die Großbäzare mit einer
Umlaststeuer treffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Landwirte haben im Augenblick selber kein großes
Interesse an der Aufhebung der Bölle. (Abg. v. Kardorf; Gar-)
Sie die Getreidezölle! Sie erweitern dann den Mittelstand eine
viel, viel größere Wohlthat, als wenn Sie die Großbäzare mit einer
Umlaststeuer treffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

seit dem Bergen der Ernte gehabt. Schon am 2. Juni vor 2
hatten wir Weizenpreise von 176 und Roggenpreise von 120 Ml.,
und die Preissteigerung hat sich seitdem fortgesetzt. Die Landwirte
haben keinen Grund, wegen der letzten Jahre sich zu beschweren. Auch
die Getreidepreise stehen so hoch, wie selten zuvor, und die Regierung
blättert davon von den Spitzenpreisen, daß wir seit dem Brann-
weinsteuerreform niemals in dieser Höhe gehabt haben. (Hört,
hört! links.) Die Agrarier haben also augenblicklich keinen Grund
zu klagen. Aber allerlei Beschönigungsgründe werden gegen die
Suspensionierung der Getreidebörsen ins Feld geführt. So lese ich in
der Post, sie brauchen deshalb nicht suspendiert zu werden, weil
die Arbeiter jetzt etwas bessere Löhne hätten. (Herrlichkeit! links.)

Statt wären predigen denn die Unternehmer das ehrliche Lohngebot?
Niemand heißt es, die Arbeiterklasse sei es, die unsre heutige
Gesellschaft in ewiger Unruhe halte, die ewig aufsgeht. Ich habe
Ihnen vorhin vorgerechnet, daß die Belastung für die Arbeiter-
familie durch die Getreidebörsen 30 Ml. betrage. Denken Sie nun
einmal an unsere beschiedenen Unternehmer, wie die aufsprechen über
Belastung, wenn sie einmal ein paar Pfennige für die Arbeiter-
versicherung zahlen müssen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)
Wenn wir uns dies zum Muster nehmen würden, hätten wir heutige
italienische Zustände in Deutschland (Sehr wahr! bei den Sozial-
demokraten), wenn wir so wählen und aufsgehen wollten gegen
die Lasten die uns treffen.

Wie hoch beläuft sich denn die Belastung der Industrie durch
die Arbeiterversicherung, wofür sie so viele Angestellte eingetauscht
hat? Doppelt und dreifach ist alles kompensiert worden. Die Kosten
beladen sich bei der Krankenversicherung auf den Kopf des Arbeiters
noch nicht auf 5 Ml., bei der Unfallversicherung auf 3,75 Ml.
und bei der Altersversicherung noch nicht auf 4 Ml. jährlich. Das sind im
ganzen 12—13 Ml. Belastung und darüber das Toben, die Ver-
wahrung, daß man der Industrie neue Kosten auferlegen wolle.
Der Arbeiter aber, dem man 30 und 40 Ml. und mehr durch die
Brotversteuerung aufhält, soll dann die höheren Löhne ruhig zum
Opfer bringen!

Wir treten für die Brotzollaufhebung selbstverständlich in ersten
Linie im Interesse der Arbeiter ein. Wenn wir es aber thun und
damit gegen das ganze heutige agrarische System kämpfen, so
kämpfen wir zu gleicher Zeit für unsere ganze deutsche Indu-
strie. (Bewegung rechts.) Heute werden in diesem Haufe wohl
nur noch ein paar verstrengte fristlose Elemente für die Industrie
eintreten, aber sonst hören wir auch nicht eine Stimme aus den
streiten Industriellen Großbourgeoisie sich noch erheben.
Denn die Leute sind andere geworden seit dem russischen Handels-
vertrag. Was für Hymnen hat damals die Großindustrie den
Grafen Capri gesungen für die Ermäßigung der Getreidebörsen?
Herr v. Stumm sprach damals von dem schästen Gefühl des
Dankes in allen Kreisen gewerblicher Thätigkeit für den Abschluß
des großen Werkes! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo
sind heute die Vertreter der Großindustrie? Graf Capri ist ge-
gangen und ehe der agrarische Hahn dreimal gebrüllt hatte, hatte
man ihn dreimal verlegt. (Große Herrlichkeit!) Der Freiherr
v. Marschall, dieser sehr befähigte Beamte, ist von der agrarischen
Front erst zu Tode gehegt und dann abgeschlachtet worden (Große
Unruhe rechts), ohne daß auch nur einer seiner ehemaligen politi-
schen Freunde ihm ein Wort des Dankes nachgerufen hätte.
(Sehr gut! links.) Welche Rolle könnte die Industrie im heutigen
Wahlkampf spielen, wenn sie willte, ihren Mann zu stehn, um
ihre Existenz zu kämpfen. Heute unter den hohen Getreidepreisen
einen Wahlkampf zu führen gegen die Agrarier, ja, meine Herren,
es müßte endlich einmal eine Lust sein zu leben hier im deutschen
Reich! (Bravo! links. Lachen rechts.) Aber diese Großindustrie
mit Herrn von Michel an der Spitze, von den Ketteln der Samm-
lungspolitik gefesselt, was will sie heute noch bedeuten! Man hat
ja gesagt, die ganze Sammlungspolitik läuft schließlich auf einen
Betrag hinaus; das mag sein. Meine Herren Agrarier, vergessen
Sie niemals: die Industrie wird immer biegsame sein, die Ihnen
ein Schnippchen schlagen kann, denn auf der linken Seite der
Industrie liegen wir, und wenn wir auch gar kein Wohlgefallen
an diesen Vertretern der deutschen Großbourgeoisie haben, kommt
es zum Kampf und zur Entscheidung: was wollen wir armen
Leuten anders machen, als mit ihnen zusammenzugehen? Vielleicht
finden wir einmal das Blinglein an der Wage. Schenken Sie sich
vor! Vielleicht kommen Sie in großer Zahl zurück, aber wir sind
auch noch da und der Reichstag kann auch aufgelöst werden. Wenn
wir aber dann als linker Flügel der deutschen Industrie stehen,
dann kommen Sie nicht wieder!

</div

Es gibt ernste, der politischen Verantwortlichkeit sich wohl bewusste Männer, die für das Sozialistengesetz und jede Erneuerung desselben eingetreten sind, und die dennoch entschlossen sind, in einer Stichwahl zwischen einem Anhänger der Partei Plötz und einem Sozialdemokraten nicht für den ersten zu stimmen. (Hört, hört.)

Wir verhehlen uns ja den Ernst der Situation in feiner Weise. Was heute "Sammlung" heißt, hieß zur Zeit der französischen Restauration "Solidarität aller protektionistischen Interessen". Da hat man auch gesellschaftlich und gemacht, da hat man auch geschahert und gehandelt, da haben auch Landwirtschaft und Industrie sich zusammengefunden — und, meine Herren, es sind die schlimmsten Zeiten der politischen Reaktion gewesen, und wenn jemals eine Regierung, wenn jemals herrschende Parteien verachtet worden sind und sich die Verachtung ehrlich verdient haben, so ist es in jener Zeit gewesen. Ein schärfster Beobachter, dem hier der Hass den Blick geschrägt, Heinrich v. Treitschke, hat einmal diese Verhältnisse sehr richtig geschildert. Er, der uns bis auf den Tod hoffte und der deutschen Sozialdemokratie auch nicht die geringste Existenzberechtigung zugestand, hat offen eingestanden: Wenn diese Sammlungspolitik der französischen Restauration bei uns geheiratet hätte, wäre auch bei uns die Sozialdemokratie berechtigt. Die Worte des Toten klingen heute noch, als wenn sie für die Gegenwart geschrieben wären. Heinrich v. Treitschke schrieb damals:

Als diese in gehässigen Klassenkämpfen verbildete Bourgeoisie die Bügel des Staates in die Hand nahm, da begann ein Regiment ständischer Selbstsucht, das manche Sünden des französischen Sozialismus entschuldigt... Frohsinnend nennen die Fabrikanten und Kaufleute in der Kammer sich selber die Feudalherren der neuen Gesellschaft. Für das Glück des kleinen Mannes hat die Staatsgewalt kein Auge, er muss zuschauen, wie ihm die unentbehrlichsten Waren verteuert werden durch Schutzzölle, deren Ertrag in die Tasche der Unternehmer wandert. (Hört! hört!) und wird durch partikuläre Gesetze verhindert, mit vereinten Kräften seine gerechten Ansprüche auf höheren Lohn durchzuführen. Dagegen betrachte man die Verhandlungen unseres Reichstags. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) War das die Sprache einer selbstsüchtigen Klasse, welche das gemeine Recht zu Gunsten ihres Dienstes zu verbilden trachtet? Wo ist nun die Mehrheit zwischen diesem Systeme schmutziger Geldgier und unserem neuen deutschen Reiche? Wann hat jemals in Preußen eine wirtschaftliche Klasse den Staat für sich ausgebettet? (Hört! hört! und Heiterkeit), seit die Hohenzollern den ehernen Felsen ihres Königtums errichtet? Ist dieser Sieger von Königgrätz und Sedan etwa eine Puppe, wie jener unglückliche Kaufmann aus dem Krämergeschlecht der Orleans? (Heiterkeit.)

Nun, ich weiß nicht, ob die Antwort auf all diese Fragen, die sich einen heut in den Reichstag anbringt, und die Antwort der Regierung zu unserer Zufriedenheit ausspielen wird. Aber wenn es nicht geschehen wird: die Antwort der Wahlen wird zu unserer vollsten Zufriedenheit ausspielen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten. Rischen rechts.)

Reichsschatzminister Freiherr v. Thielmann: Im Antrage des Herrn Reichstanzlers habe ich Ihnen die Mittellung zu machen, daß es nicht in seiner Absicht liegt, eine Herauslösung oder Verminderung der Getreidezölle bei den verbündeten Regierungen in Anregung zu bringen. Die Gründe, die dafür vorgebracht werden, schienen nicht unbedingt für sie zu sprechen. Bereits im Frühjahr 1890 haben ähnliche Erwägungen zu ähnlichen Schlussfolgerungen geführt. Im Jahre 1890 wurde ein Antrag des Abg. Richter auf Erhöhung der Getreidezölle mit großer Mehrheit abgelehnt, und die Bewegung der Getreidepreise seitdem hat gezeigt, daß die Mehrheit damals das Richtige getroffen. Mit noch größerem Recht kann heute die Absehung stattfinden. Denn es besteht ein gewichtiger Unterschied zwischen der heutigen Lage und der vom Jahre 1890. Damals herrschte infolge der ungünstigen Ernte ein absoluter Mangel an Brotkorn, während diesmal nur eine Verzögerung in der Herbeschaffung zu befürchten steht. Begeleitet für die Situation ist der Umstand, daß der Weizen weit mehr geblieben ist, als der Roggeng., der den hohen Stand von 1890 bei weitem nicht erreicht hat. Auch die Vorsorge wegen der rechtzeitigen Beschaffung des Brotkorns sind übertrieben. Was Nordamerika anlangt, so bleibt für den — durchaus unwahrscheinlichen — Fall, daß der direkte Weg uns versperrt ist, der Weg über Kanada nach wie vor offen. Ferner bleibt uns immer noch Russland. Nichts deutet also darauf hin, daß eine schwere Hungersnot wie 1891 im Anzuge ist. Und es ist noch in frischer Erinnerung, wie schnell 1891 selbst das Unglück gehoben wurde. Ein dauernd hoher Getreidepreis ist also ebenso wenig zu befürchten, wie 1891. Wegen einer vorübergehenden Teuerung kann sich aber die Regierung nicht in Widerspruch setzen mit ihren eigenen Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, eine Verbesserung in der wirtschaftlichen Lage der ackerbaubetreibenden Bevölkerung herbeizuführen. Eine Suspensionsierung der Zölle würde zu einer schweren Schädigung der Landwirtschaft führen, ohne doch eine wesentliche Verbilligung des Brotes zu bewirken. Eine Erhöhung bis zur Ernte, mit der Absicht der nachherigen Erhöhung würde dagegen zu einer massiven ungefundenen Spekulation führen. Angesichts der gestiegerten Löhne in der Industrie erscheint auch im Interesse der Arbeiterbevölkerung eine Aufhebung der Zölle nicht notwendig. (Beifall rechts.) Dazu kommt, daß, wie schon erwähnt, der Preis des Roggens, der für sie im wesentlichen in Betracht kommt, durchaus kein besonders hoher ist. Sie können davon überzeugt sein, daß wir erst nach sorgfältigen Erwägungen zu unserem Entschluß gelangt sind. Freilich begleitet sich dieser, wie ich hervorheben will, nur auf die Verhältnisse, wie sie gegenwärtig bestehen. Sollten wesentlich andere Verhältnisse eintreten, so wird die Regierung selbstverständlich in eine erneute Prüfung der Sachlage eintragen.

Auf die vom Vorredner angeführten Einzelheiten kann ich heute nicht eingehen. Ich will aber seine Annahme nicht unumwiderrational lassen, daß es an Vorräten von Getreide im Auslande fehle. Vor etwa einer Woche ist uns ein Brief zugegangen, nach dem in den Vereinigten Staaten, in Kanada, aber auch in Russland noch sehr erhebliche Vorräte vorhanden sind. Nach allen Nachrichten, die uns sonst zugegangen sind, ist auch nicht anzunehmen, daß der Zustand der Preissteigerung lange anhalten wird. (Beifall rechts.)

Auf Antrag des Abg. Richter (freil. Vg.) tritt das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Graf Kanitz (sonst.): Ich danke den Interpellanten, daß sie uns Gelegenheit gegeben haben, die Frage der Volksnahrung ihres agitatorischen Charakters zu entledigen und vom unparteiischen Standpunkte aus zu beurteilen. Grundsätzlich würden sich meine Freunde einer vorübergehenden Aufhebung der Getreidezölle nicht widersetzen, vorausgesetzt, daß die Getreidepreise eine außergewöhnliche Höhe erreichten. Das letztere steht der Fall, müssen wir aber bestreiten. Wir haben wiederholt wesentlich höhere Preise gehabt, speziell auch für Roggen, der bei uns nicht aus 1891, sondern auch in früherer Zeit einen wesentlich höheren Preis gehabt hat. Angesichts der hohen Lohnsätze für die Industriearbeiter kann jetzt von einer wirklichen Notlage nicht die Rede sein. Die hohen Preise sind nur vorübergehend, sie sind auf Preistreibereien, diesmal nicht der Berliner, aber der ausländischen Börsen zurückzuführen. (Lachen links.) Alle Konjunkturen werden von den Börsenfirmen zu ihrem Nutzen ausgenutzt. Ich erinnere nur an die Manipulationen der Berliner Firma Müller und Blumenfeld und einer anderen Berliner Firma. Das gefährliche dieser Manipulationen liegt in der Beunruhigung zunächst der Handelskreise, dann aber auch der Bevölkerung. Eine Preissteigerung, wie wir sie jetzt erleben, wäre jedenfalls nicht möglich gewesen, wenn die Regierung damals unseren Antrag zugestimmt hätte, daß sie die Versorgung des Landes mit ausländischem Getreide selbst in die Hand nehmen sollte. (Sehr richtig rechts.) Aber gegen diesen Antrag hat man leider allerlei Einwendungen gemacht. Auf keinen Fall darf man aber der Landwirtschaft ohne zwingenden Grund den Schutz nehmen; dessen sie der Nation von der Entwicklung der Industrie in höherem Grade.

gegen die Konkurrenz des Auslands bedarf. Solche Preisgabe des Bauernstandes hat sich, wie die Geschichte lehrt, bei verschiedenen Völkern schwer gemacht. Unser Antrag auf Verstaatlichung der Zufuhr von ausländischem Getreide ist leider nicht angenommen worden, es bricht sich aber immer mehr die Überzeugung Bahn, daß es ein gutes Mittel wäre. Hätte Abg. Windhorst noch gelebt, so hätten wir sicher eine Mehrheit für den Antrag erhalten. (Widerspruch im Centrum.) Weshalb sondern die Interpellanten, da sie zugelassen müssen, daß sich die Lebenshaltung im allgemeinen gesteigert hat, nur eine Aufhebung der Getreidezölle und nicht zugleich der Eisenzölle, der Zölle auf Textilwaren, die doch auch zum täglichen Bedarfe dienen? Sie werden sich hüten, denn die Folge würde eine Lohnverbilligung sein. Dasselbe muß aber auf dem Lande eintreten, wenn Sie das Produkt entwerten. Wer bei hohen Preisen eine Erhöhung der Zölle fordert, der muß auch zugeben, daß bei niedrigen Preisen eine Erhöhung der Zölle eintreten, daß die Regierung wieder freie Hand hinsichtlich der Belebung der Getreidezölle bekommen muss durch eine Revision der unseligen Handelsverträge, zu der Gewissheit sowohl auf österreichischer wie auf russischer Seite vorhanden sein dürfte. Wir haben mit unseren Forderungen niemals einseitige Interessen vertreten (Lachen links), sondern nur das der Allgemeinheit. Ich zweifle nicht, daß die Regierung ihre früheren Fehler eingesieht hat. Die Regierung mußte die Interpellation ablehnend beantworten. Die Getreidepreise sind nicht übermäßig hoch, sie bewegen sich auf einer Höhe, die der Landwirt braucht, um existieren zu können. Wir sagen der Regierung für Ihre Haltung Dank. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Richter (freil. Vg.): Anfang und Schluss der Rede des Reichsschatzministers standen miteinander in Widerspruch. Er lehnt die Forderung ab, behält sich aber freie Hand für die Zukunft vor. Das hat Herr Moliné in Frankreich auch, er ist aber durch die Verhältnisse gewungen worden, die Zölle aufzuheben. Die Wirkung dieser Maßnahme hat der Schatzkanzler merkwürdigweise gar nicht erwähnt, obwohl doch die Befürchtung vorliegt, daß nun große Mengen von Getreide vom Weltmarkt nach Frankreich austreten, und eine weitere Versteuerung für den Weltmarkt und damit auch für uns herbeigeführt werden wird. Es ist eine weitere Preissteigerung mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten. Graf Kanitz dürfte also in die Lage kommen, seine im Jahre 1891 gegebene und auch heute wiederholte Aussage zu erläutern, daß auch er einer Suspensionsierung der Zölle zustimmen würde. Selbst der von den Konservativen hier in Berlin als Kandidat für den ersten Reichstagswahlkreis aufgestellte Obermeister Bernard hat schon jetzt einen Notstand als bestehend anerkannt. Der sollte doch für die Herren rechts eine Autorität sein. (Heiterkeit.) Wesentlich zur Steigerung der Preise hat es beigebracht, daß viele Großgrundbesitzer ihre Getreidewirtschaft zurückgehalten haben. Das nennt man Brotrucher. (Große Heiterkeit.) Der Bund der Landwirte hat noch vor wenigen Monaten den Erlass eines Einfuhrverbotes für Getreide gefordert, weil bei uns ausreichende Vorräte vorhanden seien. Herr Graf Kanitz hat durch das Heraufholen seines Antrages der Sammlungspolitik einen schlechten Dienst erwiesen. (Sehr richtig! links.) Jeden, der jetzt über das kleine und teure Brot klagt, können wir sagen: das ist das plastische Abbild des Antrags Kanitz. (Große Heiterkeit.) Je mehr sich die Preise steigern, um so mehr wird der Konsument aufzuhören, den gebildulichen Aufzehr zu spielen, zumal auch auf anderen Gebieten Verkrüpplungen auftreten, die Preise in die Höhe zu treiben. Unter dem Titel Sammlungspolitik organisiert man die Verbindung von Interessentenkreisen, um sich gegenseitig die Zölle zu erhöhen zur Ausbeutung der Gesamtheit. Lebhaft vor Lante hören wir, wie diese Preissteigerung aufzuhören wird, wie sie manchen die Augen öffnet, die bisher der Lebensmittelversteuerungspolitik sich gegenüber schüchtern verhalten haben. Deshalb haben wir die berechtigte Hoffnung, der nächste Reichstag wird so zusammengefecht sein, daß er Billigkeit gewährt gegen eine weitere Ausbildung der meines Erachtens verwerflichen Politik einer Versteuerung der notwendigsten Lebensmittel.

Abg. Dr. Bleber (Centr.): Herr Richter hat mit einem sehrlichen Erwartungsausdruck geschlossen, es war auch weiter nichts als eine recht kräftige und gepfefferte Wahlrede. Meine politischen Freunde stehen genau auf dem Standpunkt der verbündeten Regierungen. Auch wir sind nicht der Meinung, daß die vorübergehend hohen Getreidepreise die zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle begründen können. Unter den Gründen, die uns zur Zustimmung zum österreichischen Handelsvertrag bestimmten, war durchschlagend der, daß wir uns sagten, daß es angeht, der hohen Getreidepreise viel besser sei, einen geringeren Getreidezoll auf längere Zeit festzulegen als im Falle des Wiederkehrens hoher Preise einen hohen Zoll ganz aufzuheben. Hat die Landwirtschaft bisher die Nachteile des Vertrages auf sich genommen, müssen wir ihr auch einmal Vorteile gönnen. Zu einer zeitweiligen Aufhebung der Getreidezölle liegt um so weniger Veranlassung vor, als ein Notstand z. B. in Deutschland nicht besteht. (Sehr richtig! rechts.) Und selbst wenn ein solcher bestünde, würde ein zeitweiliges Auferklopfen der Zölle diesem Notstand wissentlich zu begegnen nicht im Stande sein. Deshalb treten wir der Erklärung der verbündeten Regierungen voll und ganz bei. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Dr. Paasche (nat. lib.): Auch meine Freunde halten es nicht für zweckmäßig, eine zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle zu befürworten. Es besteht allerdings eine hohe Preislage; von einer wirklichen Notlage wie in anderen Ländern, kann aber bei uns nicht die Rede sein.

Abg. Dr. Barth (freil. Vg.): Ich sehe den Wert der Interpellation darin, daß den Agrariern Gelegenheit gegeben ist, ihre Bestrebungen auf weitere Erhöhung der Getreidezölle zu enthüllen. Das Volk kann nun die Gefahren erkennen, die ihm von einem in seiner Mehrheit agraristischen Reichstag drohen. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Von einer Teuerung kann nicht die Rede sein. Der Roggen hat jetzt einen normalen Preis erreicht, den Preis, zu dem er in Deutschland überhaupt gebaut werden kann. Der Weizenpreis ist allerdings hoch, und ich würde allerdings — wenn ich darüber zu entscheiden hätte — vielleicht den Weizenzoll bis zum 1. Juli aufheben. Das gleichbleibende Getreidepreis, das Ideal sind, wird niemand bestreiten wollen, auch die Sozialdemokraten nicht; das kann man aber nur mit dem Antrage Kanitz erreichen. Bei niedrigen Getreidepreisen müßte dann auch ein Einfuhrverbot erlassen werden. Das Russland ein Auffuhrverbot für Weizen erlassen hat, ist höchst erstaunlich; hoffentlich trägt dies zur Milderung der landwirtschaftlichen Notlage bei.

Abg. Dr. Bleber (Soz.): Nicht Agitationslust hat uns zu unserer Interpellation veranlaßt. Wir brauchen hier auch keine Wahlreden zu halten, denn unsere Wähler sind mit uns zufrieden. Wir haben ein gutes Gewissen, ob die anderen Parteien auch, lasst ich dahin gestellt. Die Mehrheit unserer Fraktion war zuerst gegen eine Interpellation. Da kam die fortgelebte Preissteigerung, die nicht vorübergehend sein wird. Zahlreiche Bischrisen aus Parteikreisen forderten uns auf, die Interpellation zu stellen. Hohe Brotpreise sind die Folge der hohen Getreidepreise. Daß sie sich nicht so rasch einstellen, ist erklärlich. Die Geschäftsführer scheuen sich vorerst, mit den Preisen aufzuzögern. Wir haben absichtlich nur eine zeitweilige Suspension der Zölle verlangt. Wir wollen an den Handelsvertretern nicht rütteln, aber bei ihrer Erneuerung werden wir gegen die bisherigen Zollsätze die schärfste Opposition machen. Graf Kanitz fragte nach unserer Stellung zu den Industriezöllen. Natürlich sind wir auch einer Herauslösung der Industriezölle geneigt.

Die Herren von den Rechten haben ihre Opposition gegen die Aufhebung der Zölle damit motiviert, daß sie sagten: Ihr Sozialdemokrat handelt ja nur im Interesse der Industriearbeiter, wie steht es aber mit den Landarbeitern? Gewiß gibt es Millionen Landarbeiter, aber es steht auch fest, daß heute die große Mehrheit

abhängt, als von der Landwirtschaft, und es steht weiter fest, daß die Höhe der Getreidepreise auf die Löhne der Landarbeiter gar nicht einwirkt. Seit 1895 haben Sie annehmbare Getreidepreise. Mit den Löhnen der Landarbeiter aber steht es sehr traurig aus.

Herr v. Kardorff meinte, erst bei den jetzigen Roggenpreisen könne der Bauer mit einem Vorteil Roggen produzieren. Hat er denn seit dem Teuerungsjahr 1892 bei Roggenbau sorgfältig Unterblitz gemacht? (Sehr richtig! rechts.) Ein Teil der Herren rechts nickt mir zu. Wenn das wahr wäre, dann wären drei Viertel aller Bauern thatsächlich bankrott. (Bunke rechts: Stimmt auch.) Nein, m. H., das sind sie nicht. Sehen Sie sich die Subsistenzzahlen an. Sie sind in den letzten Jahren wesentlich geringer geworden. So schlecht liegen also die Dinge bei Ihnen nicht. Fest steht aber, daß nur ein sehr geringer Teil der Grundbesitzer überhaupt für den Getreideverkauf in Frage kommt. Nicht nur in den gesamten Städten und in der Industrie, sondern auch bei einem sehr großen Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird die Haltung der Mehrheit dieser unserer Interpellation gegenüber aufs allerentschiedenste verunsichert werden und von diesem Standpunkte aus können wir mit dem Resultat dieser Verhandlungen sehr wohl zufrieden sein. (Lebhafte Beifall links.)

Ein Schlusshandlung wird angenommen. Persönlich bemerkte Abg. v. Stumm (Reichsp.), daß er seine Stellung nicht verändert habe, wie man nach der Rede des Abg. Schipper annehmen könnte; er sei dafür eingetreten, daß die Landwirtschaft Kompen-sationen für die Handelsverträge erhielte.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) bemerkte, daß Herr Bebel offenbar die große Zahl der Landwirte nicht kenne, die in diesen letzten Jahren bankrott gemacht haben.

Abg. Dr. Gabu (Willibalds.) erklärt, daß sowohl ihm, wie Herrn v. Plötz das Wort durch den Schluss der Diskussion abgeschnitten sei. (Große Heiterkeit.)

Damit ist die Interpellation erledigt.

Hierauf werden in dritter Lesung debattlos angenommen:

1. der Antrag Paasche betr. den Verkehr mit Süßstoffen,

2. der Nachtragsetat für 1898.

Eine Anzahl untergeordneter Petitionen werden nach den Anträgen der Kommission debattlos erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident v. Biuß gibt sodann die übliche Übersicht über die in der heut ablaufenden Session erledigten Geschäfte.

Abg. v. Levezow (konz.) drückt im Namen des Reichstags dem Präsidium seinen Dank aus für die mühevollen und unparteiischen Leitung der Verhandlungen auch in dieser Session.

Präsident v. Biuß dankt im Namen des Präsidiums und ruft allen ein herzliches Lebewohl zu. (Lebhafte Beifall.)

Staatssekretär Graf Bosabowski verliest eine kaiserliche Botschaft, in der der Kaiser die Absicht kundtut, den Reichstag morgen im Weißen Saale des Schlosses zu schließen.

Während des darauffolgenden Hochs auf den Kaiser haben die Sozialdemokraten bereits den Saal verlassen. Schluss 4 Uhr.

Soziale Rundschau.

Die Steinarbeiter in den vereinigten Steinbrüchen im Plauenschen Grunde haben die Arbeit niedergelegt.

■ Stuttgart, 4. Mai. Eine große Bauhandwerkerbewegung bereitet sich hier vor. Bereits befinden sich 400 Zimmerleute im Ausstand. Sie fordern 9% stündliche statt der geltenden 10 stündigen Arbeitszeit, 10 Prozent Lohnverhöhung, achtfältigen Bahnhof, am Sonn- und Festtag-Vorabenden eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug und einige weitere kleine Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse. Eine Verhandlung der Ausständigen mit den Meistern ist an dem starren Widerstand der letzteren, die in keinem einzigen Punkte eingekommen wollen, gescheitert. Die Maurer haben sich den Zimmerleuten bereits angeschlossen. Kommt es nicht bald zur Einigung, so steht eine Bewegung bevor, die sich auf weit über 1000 Bauarbeiter ausdehnen wird, da auch die Gipser und Stuckateure, sowie die Glaser beteiligt sind. Die Bauherren planen eine Organisation für ganz Süddeutschland zu errichten.

Gemeinde-Zeitung.

Schönbühl. Sitzung des Schulvorstandes vom 28. April. Ein Gemüthsatz des Beschlusses der letzten Sitzung hat der Vorsitzende das Gräfliche Grundstück an den Abrichterunternehmer Michael aus Großschochendorf-Windorf zum Preise von 1800 M. auf Abruch verkaufen. 200 M. Kaution sind von dem Käufer hinterlegt worden. Der Schulvorstand ist hiermit einverstanden. Ein Schulgeldeinkauf (4. Kind) der Frau H. wird genehmigt. Ein solches von Friedrich W. für drei Kinder abgelehnt und beschlossen, ihm 260 M. Kosten zu erlassen. Ein drittes Gefüll von Ernst S. um 650 M. Schulgeldeinkauf wird genehmigt. Von der Mitteilung über die Eintragung des vormaligen Gräflichen Grundstückes auf Fol. 38 des Grundbuchs auf den Namen der Säuglingsgemeinde Schönbühl wird Kenntnis genommen. Das Kultusministerium hat die Verlängerung der Oberschulen genehmigt und die Bezirksschulinspektion fordert auf, diese Bestimmung durch einen Nachtrag zur Lokalschulordnung festzulegen. Man will jedoch hierzu absehen, da in nächster Zeit eine neue Lokalschulordnung aufgestellt werden soll. Da die Oberschule im Hauptschulgebäude für den weiteren Gebrauch teilweise untauglich geworden sind, soll das ganze Gebäude mit einer Centralheizung versehen werden. Die Firma Kelling hat bereits einen Voranschlag für diese Anlage angefertigt, diverse Maurer- und Zimmerarbeiten dabei aber nicht berücksichtigt. Es wird beschlossen, eine Heizwassermittelbrückelung mit Luftvorwärmung zu wählen. Die Firmen Fr. W. Raven, Scrummben, Kelling und Salzmann sollen unentgegnete Kostenanschläge einzureichen aufgefordert werden, worin alle Arbeiten berücksichtigt sind; auch soll die Bedingung gestellt werden, die Heizungsanlagen in den Säuglingen während der Sommerferien auszuführen. Die Aufschläge sind bis

Grimmaische
8 Strasse 8.

H. A. Baum

Grimmaische
8 Strasse 8

Größtes Special-Geschäft für Herren- und Knaben-Garderoben.

Beste Verarbeitung.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Herren-Anzüge

In allen modernen Stoffen und Farben von **Mark 12.** an.

Herren-Paletots

modern verarbeitet, in neuesten Farben von **Mark 12.** an.

Herren-Hosen

größte Farben-Auswahl, von **Mark 3.** an.

Herren-Havelocks

In Cheviot und wasserdichten Woden von **Mark 9.** an.

Radfahr-Anzüge und einzelne Radfahr-Hosen

In großer Auswahl.

→ Anfertigung eleganter Herren-Garderoben nach Maß. ←

Anzüge nach Maß von Mf. 40.- an. Paletots nach Maß von Mf. 35.- an.

Hosen nach Maß von Mf. 12.- an.

Umtausch gern gestattet.

Jünglings-Anzüge

haltbar verarbeitet und beste Guthaben, von **Mark 6.** an.

2000

Knaben-Anzüge

Von **Mark 2.50** an.

Zäglich Eingang von neuen Fässons.
Unrechte Auswahl, vom billigsten bis zum allerfeinsten.

Knaben-Paletots

In blau und mode von **Mark 6.** an.

Einzelne Knaben- und Burschen-Hosen

Zu billigsten Preisen.

Flicklappen gratis.

Stiefel u. Schuhe

Fahrkarte faust man reell u. billig im Schuhwarenlager von Haltestelle Haltestelle
Halt. **Louis Hartmann, Südstr. 52, Steinstr.**

Elegante Herren-Anzüge

Sommer-Paletots, Havelocks, Hosen
Jünglings-Anzüge, Knaben-Anzüge u. s. w.
kaufen Sie billig und gut bei

Poetzsch & Kässbrig

LEIPZIG

26, I. Windmühlenstr. 26, I.

Einen Posten Arbeits-Hosen

verkaufen wir unter dem Selbstkostenpreis.

Cigarren-Special-Geschäft

Hans Müller

L.-Lindenau, Ecke Leipziger
und Lindenstraße
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Cigarren, Zigaretten sowie alle
anderen Rauchbedarfartikel.

Auf Credit!!

erhält Jedermann
**Herren-Anzüge, Paletots,
Jackets, Hosen**
(erstig und nach Maß in bester
Ausführung u. fadellosem Stil)

Knaben-Anzüge
**Damen-Jackets, Krägen,
Umhänge, Mäntel**
**Kleiderstoffe, schwarze
Gamaschen, Gardinen, Bettzeuge,**

Möbel und Betten
bei wöchentlicher
Abzahlung

1 Mark
an.

L. Cohn
Waren-Credit-Haus
"Am Westplatz".

Eingang:
Colonnadenstraße 34, I.
Die Auswahl ist unübertroffen!
Die Preise sind erstaunlich niedrig!
Die Qualitäten sind die deutlichsten.
Die Zahlungsbedingungen sind
so günstig wie nie zuvor!

Montats-Garderobe!

Neue und wenige getragene Anzüge, Sommer-Paletots, Jackets, Westen,
Blusen, Fracks, Gesellschafts-Anzüge und Burschen-Anzüge empfiehlt zu
auffallend billigen Preisen, sowie auch leichweise bei reellster Belebung. Kein
zweites Geschäft von mir am Platz.

M. Kindermann, Kl. Fleischergasse 16, I.
Ecke Grosse Fleischergasse.

Van den Bergh's Holländische Margarine Excelsior

gesetzlich geschützt unter Nr. 3392.
Fabriken in Cleve, Rotterdam, Brüssel, London

größte Etablissements der Branche.

Bietet nach übereininstimmenden Fachmännischen Urteilen

Besten Ersatz für Naturbutter.

Zu haben in allen Kolonialwaren- und Buttergeschäften.



Ignaz Stenzer

Hut-Fabrik

Thonberg, Reichenhainer Str. 25.
Großes Lager von Filz-, Seiden- u. Knaben-Hüten aller Art sowie große
Auswahl in Filzhüten. Herren- und Schüler-Mützen. Schläpfe in
großer Auswahl. Reparaturen prompt, billig und schnell.

Holz-Verkauf.

Weil der Ausstellungsort Ende Mai zu räumen beabsichtigt ist, werden
den größeren Posten guterhaltene Vierkanthölzer, Bretter und
Rundhölzer, aus den offiziellen Ausstellungsbauten stammend, zu
billigeren Preisen abgegeben. Näher im Baubureau, Ausstellungsplatz
(früheres Postamt). Telephon-Amt III, 5805.

Nur Fabrikpreise.

Wer eine solide und dauerhafte Ziehharmonika kaufen will,
der kaufe sich ein Altenburger Fabrikat, das find die besten in Klang
und Haltbarkeit; insfern, als in diesen Instrumenten die Stimme
platzen getrennt sind, läuft der Ton viel vollkommener. Scheue
keiner 50 Pf., oder 1 Mark, der Wert ist doppelt enthalten in je
einer Harmonika. Eigene Fabrikation. Zu haben
in allen Preislagen bei

Wilhelm Stark, L.-Gohlis
Lindenstrasse 25.

Cigarren, Cigaretten

Alle Sorten Bier- u. Singvögel
sowie staubfreies Vogelfutter aller Art.
Emil Richter, Blasewitz, Liegelsestr. 7.

Max Georgie, Kleinzschocher
Plagwitzer Str. 65, vis-a-vis d. Schule.

Kinderwagen
Mansfelder Steinweg 12.



Regulateure

mit den besten Werken, welche überhaupt fabriziert
werden, ca. 1 Meter lang, nur alle 14 Tage aufzuzeigen
von

Gustav Becker, Freiburg i. Schl.

offeriere zu außerordentlich billigen Preisen

netto **Mk. 9** netto

Schriftliche Garantie. Nicht konvenierand, Geld zurück.

M. Kemski

Spezialgeschäft für Uhren

6 Nürnberger Strasse 6.



Gebr. Singer von 15 Mr. an
unter Garantie Petersstraße 34, im
Hause, Rähmochinen-Geschäft.

1899

Kgl. rumänischer Cirkus César Sidoli.

Alberthalle.

Heute Freitag den 6. Mai

Letzte High life

verbunden mit Konzert des vollständigen Musikkorps des Königl. Sächs. 10. Infanterie-Regiments Nr. 134

Direction: Herr Stabschroff Fahrw.

Beginn des Konzertes 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.

Zweiter Novitäten-Abend mit vollständig neuem Programm.

Nur noch kurze Zeit Schloss Arcadia.

Morgen Sonnabend Venezia für die hier so rasch beliebt gewordenen

Kunsttäler Miss Michaelita und Mr. Jean Bono.

Coburger Hof.

Teleph. I, 433. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 433.

Allen gebrüten Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt meine Lokalitäten zur geselligen Begegnung.

Auch empfiehlt meine guten preiswerten Mittagstisch innl. Dier 50 Pf., Etat zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.

Ferner empfiehlt meine kleine Wirthschaft-Spielbank. Franz. Billard.

Sonnabends Schweinstücken.

50 Betten von 30 bis 100 Pf.

Es bietet dazu ein Hochstånd Karl Langert.

Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.

Empfiehlt fröhliche Gemüse-Mittagstisch, à portion 10 Pf.

Restaurant zum Hessischen Hof

48 Lützowstrasse 48

empfiehlt seine freundl. Lokalitäten. ff. Speisen u. Getränke zu civilen Preisen. Franz. Billard. Gesellschaftszimmer noch einige Abende frei. Nachschlagvoll 6. Zelle.

Restaurant National, I.-Plagwitz,

Karl Heine-Strasse 71.

Hatte meine Lokalitäten und Vereinszimmer bestens empfohlen. Biere und

Speisen von bekannter Güte. Sonntags früh Spektakeln. Karl Müller.

Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr.

Nr. 52

empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten. Speisen und Getränke hochfein. Sonnabends Schweinstücken. Sonntags Spektakeln. Hochstånd Herm. Richter.

Vockes Restaurant, Plagwitz

Merseburger u. Weissenfelser Strassen-Ecke 32

empf. seine Lokalitäten. Speisen u. Getränke hochfein. Sonnabends Schweinstücken. Sonntags Spektakeln. Karl Zeldler gen. Vocke.

Restaurant „Zu den drei Grenzen“

Plagwitz, Jahnstr. 25, Ecke Nonnenstr.

Hatte meine neu renovierten Lokalitäten hiermit bestens empfohlen.

Kräftigen ff. Mittagstisch

Hochfeine Biere.

Um freundlichen Zuspruch bittet B. Steingräber.

Marienbad

Leipzig-Neuschönewald Eisenbahnstrasse Nr. 66. Konradstrasse 25.

Schwimmbecken 20°

Dampfbäder, russische, römisch-icische, Voll- und Teile-Dampfbäder, Glücksungen, Spezialkuren, anerkannt vorz. Massage. Damenzeit von 1—4 Uhr nachm. Schwimmbäder, kristallklares Wasser. Dauenzettel: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2—1/2 Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag v. 1—9—11 Uhr vorm. Bannenbäder I. u. II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet.

[3658]

Billigste Preise und allergrösste Auswahl.

Verkaufshäuser: Gebrüder Rockmann

Leipzig-Reudnitz

Telephon:

Chausseestrasse 49
Straßenbahn-Haltestelle: Reudnitzer Depot.

Amt I, Nr. 4202.

Badfahrer-Anzüge
aus pa. Nadler-Loden, Nadlers-Cheviot, Nadler-Gord (weiß, geflekt. Samt-Manchester) .4 14, 15 $\frac{1}{2}$, 17, 18, 20—24. Einzelne Badfahrer-Hosen von .4 5 25 an. Sweaters und Sportanzüge.

Bayer. u. Tyrolier Loden-Artikel, Loden-Havelocks
aus garantiert imprägnierten Stoffen von .4 9 $\frac{1}{2}$ —27. Loden-Juppen

f. Sport, Reise u. Kontor z. v. .4 3 $\frac{1}{2}$ —10.

Herren-Jacket-Anzüge
in dunklen Farben aus pa. Cheviot, Rammigarn, Granit, Blau, Actord z. schwarz, braun, blau sowie in großart. dünne Melange .4 12 $\frac{1}{2}$, 14, 16, 20—37.
Smoking-Anzüge
mit Seiden-Schal über .4 23, 25, 27 $\frac{1}{2}$ —38.

Zuhörer: Gottfr. Hühne.

Telephon:

Leipzig-Plagwitz

Karl Heine-Strasse 30
Straßenbahn-Haltestelle: Felsensteller.

Amt III, Nr. 5762.

Sommer-Ueberzieher
aus hell- u. mittelfarb. Satin, Cheviot und Foules .4 8 $\frac{1}{2}$, 11, 14 $\frac{1}{2}$, 17 $\frac{1}{2}$.
Aus pa. Rammig., Granit, Beige, Covercoats f. Satin z. .4 18, 20, 22 $\frac{1}{2}$ —35.

Sport-Paletots
aus prima Covercoat Cheviot z. in ff. gründlich melierten Farben ferner mode, braun u. schwarz .4 14, 16 $\frac{1}{2}$, 18, 20 $\frac{1}{2}$ —36.

in ff. hell- u. mittelfarbigen Sommerstoffen

auf pa. gemusterten engl. Cheviots, einfärbigem Rammig-, Beige, Graut, Cheviot, Melange, Rammig., Beige, Graut, Melange z. .4 11 $\frac{1}{2}$, 15, 17 $\frac{1}{2}$ —34.

Großartige Neuerungen in oliven und grünlichen, modernen Farben.

Herren-Rock-Anzüge
in 1- u. 2reihigen Gesellschaftsformen von .4 27—42.

in 1reihigen flotten Rockanzögen von .4 24—38.

in Frackanzögen von .4 35—42.

Reizende Neuheiten in Knaben-Anzügen
aus pa. Cheviot, Samt, Samt-Gord z. von .4 4 $\frac{1}{2}$ —15.

Knaben-Anzüge für Schule und

Hand in einfacheren Fascons v. .4 2 $\frac{1}{2}$ —7.

Anfertigung nach Maass.

Herren-Anzüge von 38—60 Pf. Hochparter Sommer-Ueberzieher .33—45 Sitz. Gehstünder " 10 $\frac{1}{2}$ —18 garantiert. Steler Eingang von Neuenheiten in Herren-Stoffen.

Unsere Geschäftslokale sind jeden Abend bis 10 Uhr, Sonnabends bis 11 Uhr geöffnet.

am 15. Mai wird

Zeitzer Straße 24b

noch ein Verkaufshaus eröffnet!

Strassenbahn-Spesen werden extra vergütet.

Achtung! Zum Pfingstfest passend!
Wegen Verzehr Ausverkauf in garn. Damen- u. Kinderhüten sowie allen Putzartikeln zu Fabrikpreisen.

Lindenau, Gartenstrasse 22.

Geschäfts-Eröffnung.

Morgen Sonnabend eröffne

E.-Lindenau, Mersburger Straße 63, ein

Special-Fischgeschäft

in frischen, geräucherter und marinierten Fischwaren unter dem Namen

[4418]

„West-Fischhalle“.

Durch langjährige Branchenkenntnis und direkter Verbindung mit ersten Händlern bin ich in den Stand gelegt, nur beste Ware bei billigen Preisen zum Verkauf zu bringen. Um gütige Unterstützung meines neuen Unternehmens bittet

Camillo Matthes.

Cigarren, Cigaretten, Tabak

empfiehlt in allen Preislagen und

guter Qualität

[2026]

Gustav Schröder, Auger

Zweinaund, Str. 68 (höchstbewohnt.)

Frischen

Schellfisch

Leb. Karpfen

Weser-Lachs

Ger. Aal

Kieler Bücklinge

Kieler Sprotten

Junge Tauben

empfiehlt zu billigen Preisen

Ed. Dörr Nachf.

Jah.: Paul Görler

Eisenbahnstr. 82

Ecke Kirchstr.

Markthalle Nr. 13

empfiehlt

Prima Wurstschinken à Pf. 60—65 Pf.

Lammschinken . . . à Pf. 55—65 Pf.

Schweineschinken . . . à Pf. 60—65 Pf.

Stets fr. Gefüllt, halbf. halbf. à Pf. 70 Pf.

Gute frische Wurst . . . à Pf. 70 Pf.

Geräuch. Speck u. Schwarzk. à Pf. 75 Pf.

[2978]

Prima Hammelschinken à Pf. 60—65 Pf.

Hammschinken . . . à Pf. 60—65 Pf.

Stets fr. Gefüllt, halbf. halbf. à Pf. 70 Pf.

Gute frische Wurst . . . à Pf. 70 Pf.

Geräuch. Speck u. Schwarzk. à Pf. 75 Pf.

[4388]

J. H. Merkel, Leipzig, Burgstr. 22.

Achtung, Markthallenstand 20.

ff. Mindl. 55—60, 65, ff. Kalbf. 55—60,

ff. Hammelsch. 50—60, ff. Schweinesch. 60—65, Fettles . . . Käsebraten 60, Schmeiß 70, Gefülltes 70, ff. Blut- u. Leberwurst 60, Knadwurst 70 Pf.

[4402]

Cigarren, Cigaretten

Rauch-, Ra- und Schnupftabake

Specialität: Schwarzen Krusen

empfiehlt

B. Röber

Markthallenstrasse 12.

[4416]

Hochfeinste

Süßrahm-Tafel-Margarine

das Beste was es gibt

à Pfund 70 Pf.